

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

41. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.3/2007 1,-- Euro
www.kpd-ml.net bzw. kpd-ml@arcor.de

90 Jahre OKTOBERREVOLUTION



Schreckgespenst für die Bourgeoisie: Arbeiter und Bauern in Waffen

Aus dem Inhalt:

90.Jahresta der Oktoberrevolution	S. 2	Presse-Erklärung vo ATIK	S. 16
Veranstaltungsbericht aus Mainz	S. 5	Antikapitalismus von rechts?	S. 17
Das Afghanistan-Mandat...	S. 6	Gegen Nazi-Aufmarsch in Magdeburg	S. 24
Demo-Bericht Berlin	S. 7	Stichwort Globalisierung	S. 25
Der Hauptfeind...	S. 9	Kriegsende in Magdeburg	S. 26
Zum Lokführer-Kampf	S. 11	Zerstörung Dresdens	S. 27
Freiheit für politische Gefangene	S. 14	Das Verbrechen von Maralinga/Emu	S. 30

90. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution

**Internationale Konferenz
marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen**

“Wir aber wollen die Welt umgestalten. Wir wollen Schluss machen mit dem imperialistischen Weltkrieg, in den Hunderte Millionen von Menschen hineingezogen (...) sind, der ohne die gewaltigste Umwälzung in der Geschichte der Menschheit - ohne die proletarische Revolution - nicht durch einen wirklich demokratischen Frieden beendet werden kann.” (Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, April 1917, Werke, Band 24, S. 74)

Die Große Oktoberrevolution weckte den Enthusiasmus und die Hoffnung unter den ArbeiterInnen und Werktätigen der Welt und ebenso den großen Hass der Kapitalistenklasse und der Reaktion gegen die Partei der Bolschewiki und ihre großen Führer. Es war eine Revolution ohne Vorläufer in der Geschichte der Menschheit, eine Revolution, die “die Welt erschütterte”.

In Russland schuf die Revolution nicht nur einen anderen Staat und andere Regierungen, sondern auch eine echte Zivilisation, eine höhere Form des Lebens (die Vergesellschaftung und Kollektivierung), eine nationale Organisation basierend auf Gleichheit und Freiheit der Völker und eine kulturelle und wissenschaftliche Blüte, die die Welt in Staunen versetzte.

Die UdSSR war während Jahrzehnten ein entscheidender Faktor in der menschlichen Geschichte; sie schaffte es, eine eiserne Einheit des Volkes herzustellen, die es ihm erlaubte, die harten Proben zu überwinden, auf die es gestellt wurde: Bürgerkrieg, imperialistische Intervention, Kollektivierung und Industrialisierung, den von den Hitler-Horden angefangenen und von den sogenannten westlichen Demokratien angestifteten Invasions- und Vernichtungskrieg; den spektakulären Wiederaufbau des Landes in der Nachkriegszeit, usw.

Von den vielen Erfahrungen und Lektionen, welche die Oktoberrevolution uns von der Aktivität des ersten sozialistischen Staates der Geschichte hinterlassen hat, ist es die Umsetzung des proletarischen Internationalismus, die im berühmten Satz des Manifests der Kommunistischen Partei formuliert ist:

“Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!”.

Aktiver Internationalismus, kein bloßes Gerede wie von Sozialdemokraten und anderen. Die Sowjetmacht setzte ihn in Russland in klarer und überzeugender Weise um. Aus dem zaristischen Imperium machte sie eine Union von Republiken mit freiwilligem Anschluss der Völker verschiedener Nationalität.

Derselben Sowjetunion wurde derselbe Internationalismus während ihres Kampfes gegen die mit den Kerenski verbündete imperialistische Koalition zuteil, die in den ersten Monaten der Revolution versuchte, sie zu ersticken und einen grausamen Bürgerkrieg entfesselte. Die Matrosen der französischen Flotte im Schwarzen Meer, angeführt vom Kommunisten Marty, die sich weigerten, die Sowjetunion anzugreifen, sind ein Beispiel dieses Internationalismus, der – wie sein Name gemeinsam mit dem Wort proletarisch bedeutet – die Beziehungen zwischen den Bruderparteien auf Grundlage der Gleichheit regeln muss, die die ungleiche Entwicklung in organisatorischer und politischer Hinsicht in Rechnung stellen muss.

Der Internationalismus manifestiert sich nicht nur zeitweilig in mehr oder weniger großartiger Weise, wie z.B. in den Internationalen Brigaden im Kampf gegen den Nazifaschismus in Spanien, sondern muss auch organisatorische Formen haben. So verstanden es Marx, Engels, Lenin, Stalin und andere große Revolutionäre. Auf Grundlage der Oktoberrevolution organisierten Lenin und andere Bolschewiki die III. Internationale, deren Aufgabe es unter anderem war, die bolschewistischen - heute würden wir sagen: marxistisch-leninistischen – Parteien in allen Ländern zu etablieren. Dies ist auch heute eine geplante Aufgabe, die noch erfüllt werden muss.

Die Internationale Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, IKMLPO, ist ein Ausdruck dieser Notwendigkeit, ist aber noch davon entfernt, eine neue Internationale zu sein. Der proletarische Internationalismus, den

Lenin, Stalin, Dimitroff und andere mit glühendem

Herzen verteidigten, ist die internationale Solidarität der Proletarier der Welt, und wie bei den Bolschewikern eines der Prinzipien und Bestandteile der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien sein.

Ebenso folgen wir dem Beispiel der großen Anführer der Errichtung des Sozialismus in der UdSSR und bestätigen die Unumgänglichkeit revolutionärer Gewalt zum Sturz der Bourgeoisie und aller kapitalistischen Kräfte, die sich gegen die Arbeiterklasse und die Völker der Welt stellen. Die revolutionäre Gewalt ist ab einer bestimmten Phase des Klassenkampfes sein Bestandteil. Die revolutionäre Gewalt, deren höchster Ausdruck die Diktatur des Proletariats ist, "die Organisation der Vorhut der Unterdrückten als herrschende Klasse zur Unterdrückung der Unterdrücker" ist eines der meistgeschmähten Prinzipien durch Sozialdemokraten, Revisionisten und andere Opportunisten.

Chruschtschow startete auf dem infamen XX. Parteitag eine ganze Serie von Verleumdungen und Angriffen auf Stalin, auf die revolutionäre Gewalt und die Diktatur des Proletariats. Stalin, der große Führer des Werks von Lenin, eröffnete einen eisernen Kampf zur Anwendung dieses Prinzips, der im Geist der Kommunisten fortauern wird. Wir verteidigen das Werk von Stalin und sagen mit Lenin: "Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein- (und auch Groß-) Bourgeois." (Lenin, Staat und Revolution, Werke, Bd. 25., S. 424)

Im Laufe der großen Verwirklichungen der Sowjetmacht, ihrer Schwierigkeiten und Probleme, entstand der große Verrat von Chruschtschow und seiner Gefolgsleute, der das Fundament des sozialistischen Staates in der Sowjetunion untergrub und den Enthusiasmus der Bourgeoisie und der Reaktiöner der Welt entfesselte. Sie gehören zu den modernen Revisionisten, die - mit verschiedenen Formen und Ausdrücken - einen Teil desselben opportunistischen und antimarxistisch-antileninistischen Blocks bilden. Die Reaktion prophezeite das Ende der kommunistischen Ideen, der entscheidenden Rolle des Proletariats, der Arbeiterklasse und damit die Überflüssigkeit der kommunistischen Parteien.

Die Parteien und Organisationen der IKMLPO halten fest und bekräftigen, dass die kommunistische

Partei der unentbehrliche Motor ist, der dem Proletariat Bewusstsein gibt, es organisiert und leitet als wichtigste Kraft und im Bündnis mit der armen Bauernschaft, wo es sie gibt, und den Volksmassen in ihrem revolutionären Kampf. Die Entwicklung des Imperialismus, die großen Fortschritte in der Technologie, die Neuentdeckungen aller Art, haben den Klassenkampf nicht beseitigt noch können sie ihn beseitigen. Alle Errungenschaften des Oktobers, geführt von Lenin und Stalin, sind immer noch aktuell; der Klassenkampf ist immer noch der Motor der Geschichte und die kommunistische Partei ist der wichtigste Impulsgeber, beauftragt damit, das Verständnis der Feststellung von Marx zu verbreiten: "Die Menschen können sich nicht befreien ohne ihreigenes Handeln, nicht durch die Laune eines Gönners oder den Willen eines aufgeklärten Diktators."

Die These vom schwächsten Kettenglied, das heißt: dort, wo die grundlegenden Widersprüche am weitesten entwickelt sind, besonders zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist ebenfalls aktuell und muss im internationalen Kampf der Kommunisten taktisch in Rechnung gestellt werden. Dennoch wird die imperialistische Kette nur dort in ihrem schwächsten Glied oder in ihren schwächsten Gliedern reißen und Platz dafür geben, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten, wenn der Kampf von einer wahrhaft kommunistischen Partei angeführt wird, wie die Oktoberrevolution von 1917 zeigt. Russland war ein schwaches Kettenglied des kapitalistischen Systems, aber nicht das einzige. Es war die zuverlässig geführte kommunistische Partei, die mit den Massen von ArbeiterInnen, Bauern und Soldaten dieses Kettenglied in Stücke geschlagen hat, die das Winterpalais stürmte und die Macht für die Sowjets errichtete. Dies ist eine andere der wichtigen Lektionen und Erfahrungen dieses heroischen Ereignisses, das in den Annalen der Revolution fortauern und uns Orientierung geben und ermutigen wird.

Man kann feststellen, dass ohne eine marxistisch-leninistische Partei, die über Mut im Kampf und eine solide Ideologie verfügt, über Festigkeit und organisatorische Kühnheit und erfahrene Führer, die es verstehen, Ereignisse vorherzusehen und schneller zu sein als sie, ohne eine solche Partei können die Volksmassen kurzzeitige Erfolge und Teilsiege erringen, aber niemals die Revolution in ihrem tiefsten Sinn umsetzen, denn "nur eine Partei, die mit

der Vorhuttheorie geführt wird, kann die Mission des Vorhutkämpfers erfüllen“.

Mit der Erinnerung an den 90. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution, angeführt von Lenin, Stalin und anderen großen Führern der Bolschewiki, unterstreicht und betont die Internationale Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen die Aktualität und Gültigkeit des Marxismus-Leninismus für die Arbeiterklasse und die Völker der Welt gegenüber der Seriepseudomarxistischen Theorien, wie dem Anarchismus, der Sozialdemokratie, dem Eurokommunismus, dem Trotzismus, den Utopisten usw. bis hin zu denen, die heute versuchen, in der Arbeiterklasse und den fortschrittlichen Schichten Fuß zu fassen. Viele von diesen Theorien, die von der Bourgeoisie und ihrer Armee “kritischer” Intellektueller aufgeworfen wurden, sind nicht mehr als Flickenteppiche alter Ideen, die sich als neue verkleiden und die am Schluss immer der Reaktion dienen; es sind diese neuen Philosophen, die nichts Neues entdecken, diese Theoretiker die theoretisieren und die Kraft der Aktion, der Praxis gering schätzen und ignorieren; ihre Analysen sollen nicht dazu dienen, Schlussfolgerungen zu ziehen, sondern theoretisieren mit dem Ziel, vorgefasste Schlüsse zu erklären. Es sind diejenigen, die sagen, der Marxismus sei überholt, der Leninismus widerspreche dem Marxismus usw. Sie schütteln sich Theorien aus dem Ärmel die “über das Kapital hinausweisen”. Für uns ist der Marxismus zusammen mit den großen und genialen Beiträgen von Lenin (der Marxismus-Leninismus) nicht nur aktuell. Von seiner korrekten Anwendung hängen der Fortschritt der proletarischen, revolutionären Massen, ihre Verwurzelung unter den Volksmassen, der Impuls des lebenswichtigen Kampfes zum Sturz und zur Vernichtung des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus ab.

Wiederholen wir die schon klassische Aussage:

“Der Marxismus-Leninismus ist die Wissenschaft von den Gesetzen der Natur und der Gesellschaft zur Revolution der ausgebeuteten Massen. (...) Er ist die Ideologie der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei.” Er ist eine lebendige Wissenschaft, eine Wissenschaft in Bewegung. Er ist in den Händen der Kommunisten kein Katechismus oder Dogma und wird es niemals sein, sondern ein Wegweiser für die Aktion und die dialektische Analyse. Wie Lenin unterstrich: “Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben.”

Zum Abschluss wollen wir die Worte Lenins wieder-

holen: “Dem russischen Proletariat ist die große Ehre zuteil geworden, anzufangen, aber es darf nicht vergessen, dass seine Bewegung und seine Revolution nur ein Teil der weltweiten revolutionären proletarischen Bewegung sind.”

**ES LEBE DIE GROÙE
OKTOBERREVOLUTION!
ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!
ES LEBE DER PROLETARISCHE
INTERNATIONALISMUS!**

Oktober 2007

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Redaktion und Vertrieb:

**Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

www.kpd-ml.net

und

kpd-ml@arcor.de

* * *

Eigendruck im Selbstverlag



Bericht von der Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution

am 24. November 2007 in Mainz

Etwa 130 Personen versammelten im Studentenheim in Mainz und feierten mit großer Begeisterung den Jahrestag der Oktoberrevolution. Im Saal hingen die Portraits von Marx, Engels, Lenin und Stalin und Transparente mit den Aufschriften "Es lebe der Marxismus-Leninismus!", "Nieder mit der Islamischen Republik" und "Nieder mit Reaktion und Imperialismus!- Partei der Arbeit Iran".

Gegenüber der Bühne standen groß Büchertische mit Literatur der drei Begründer der Partei der Arbeit Irans. (Sie nahmen zusammen mit der KP Chinas, der Partei der Arbeit Albaniens und einiger weniger anderer kommunistischer Parteien 1957 den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus auf.)

Auf dem Tisch waren viele Bilder von gefallenem Genossen (Opfer des Schah-Regimes, Gefallene des Irak-Iran-Krieges und der Hinrichtungen vom Sommer und Herbst 1988 durch das von den Imperialisten eingesetzte Mullah-Regime). Weiter waren auf den Tischen zahlreiche Bücher, Literatur, Zeitungen und jährliche Sammelbände des Zentralorgans "Toufan".

Die Veranstaltung begann mit Volksliedern der Sängerin Aylin auf Französisch, Farsi, Aserbeidschanisch, Afghanisch, Kurdisch und Deutsch, die Hoffnung und Optimismus weckten. Sie sang von den Träumen der kurdischen Partisanen in den Bergen von Freiheit und Sozialismus. Ihr letztes Lied war in aserbeidschanischer Sprache und handelte vom Frieden.

Der zweite Teil der Veranstaltung begann mit einer Rede der Partei der Arbeit Irans. Wichtigstes Thema war der Frieden in unserer Zeit und die Antikriegsbewegung. Heute ist der Iran vom US-Imperialismus und Zionismus bedroht. Der zweite Beitrag des Redners handelte von der Oktoberrevolution und ihren Lehren. Die Theorie der Oktoberrevolution basierte auf der Wirklichkeit der Lage der Arbeiter und Bauern Russlands im unterdrückten zaristischen Ausbeutungsregime. Die Oktoberrevolution hat die Geschichte der Menschheit geändert. Die zehn Tage der Oktoberrevolution waren der Wendepunkt zum Untergang der zaristischen Herrschaft und befreite die produk-

tiven Kräfte der Gesellschaft. Die Bourgeoisie verfälschte die Geschichte der Oktoberrevolution und vertuscht die Gründe. Die Oktoberrevolution zeigt, dass man eine andere, eine bessere Welt bauen kann, die human und menschlich ist und daß man die Klassengesellschaft beseitigen kann. Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion fand unter der Führung Stalins statt. Deshalb wird Stalin angegriffen und dieser Angriff ist ein Angriff gegen den Sozialismus und seine 30jährigen Errungenschaften.

In der Zeit Stalins wurden die 5-Jahrespläne für den sozialistischen Aufbau durchgeführt und die Diktatur des Proletariats ausgeübt. Dies war ein neues, ein einmaliges und einschneidendes Ereignis in der Geschichte der Menschheit. Die Oktoberrevolution hat die Welt erschüttert und die Schmarotzer und Parasiten in Russland entmachtet. Der wichtigste Punkt jeder Revolution ist die politische Machtergreifung. Das gilt auch für das Proletariat. Die Führung durch die Bolschewiki war die Garantie für den Sieg. Die ökonomischen Aufgaben der Revolution kann man nicht in kurzer Zeit erreichen. Für diese Arbeit braucht man Geduld. Besonders der Kampf gegen die weit verbreitete Kleinproduktion ist schwierig und braucht Zeit. Dies kann nicht mit einem Kommandoregime bewältigt werden. Für die Verwirklichung sozialistischer Wirtschaft braucht man ein Wirtschaftsprogramm und andererseits den Klassenkampf auf allen Ebenen.

Nach dem Redebeitrag trat der Frankfurter Liedermacher Schwarz mit Liedern von Brecht über die Kommune auf und fand viel Beifall.

Nach der Pause wurde der Film über den Panzerkreuzer Potemkin gezeigt. Danach spielte eine lateinamerikanische Gruppe aus Chile. Ihr Themen waren Pablo Neruda, Kuba, Argentinien, Che Guevara, Mexiko, Bolivien, Nicaragua und Chile. Ein Genosse sprach Grußworte im Namen der deutschen Organisationen von KPD, KPD/ML und Kommunistische Aufbauorganisation (Arbeit und Zukunft).

Am Schluß der Veranstaltung war wieder Aylin auf der Bühne und sang das Lied von Stalingrad. Dieses Lied begeisterte das Publikum.

Das Afghanistan-Mandat führt zu einem weiteren Krieg!

Über Afghanistan werden von der Bundesregierung allerlei Halbwahrheiten und Unsinn erzählt. Afghanistan sei ein Terrorland gewesen. Selbst nach US-Angaben wurde der 11. September 2001 in Hamburg oder Duisburg und in US-Flugschulen vorbereitet. Daß Al Kaida nicht auf Afghanistan angewiesen ist, hat sich nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der US-geführten Truppen gezeigt. Al-Kaida kann genauso gut von Pakistan, Somalia, Saudi-Arabien oder einem x-beliebigen Land aus agieren.

Weiter behauptet die Bundesregierung, die Hamid Karzai-Regierung in Kabul sei eine "demokratische" Regierung. Dabei besteht sie aus eben solchen Drogenbossen und Kriegsherren wie Dostum und anderen, die in den 90er Jahren Afghanistan in Schutt und Asche gelegt haben und für tausende Morde verantwortlich sind. Wegen dieser selben Leute hat damals die afghanische Bevölkerung die Befreiung durch die Taliban begrüßt.

Wer garantiert denn, daß nach einem Abzug der ISAF, wenn sie ihre Ziele erreicht zu haben glaubt, dieselben Kriegsherren nicht wieder aufeinander losgehen? Es ist die Besetzung durch die USA und ihre Verbündeten, die keine innere Lösung zulässt, sondern Bürgerkrieg und Stammes- und Religionskämpfe anwachsen lässt. Erst durch die NATO/ISAF-Aggression ist Al-Kaida sowohl in Afghanistan als auch im Irak erstarkt.

Sollten - sehr unwahrscheinlich - die US-geführten Truppen mitsamt der Bundeswehr einen Sieg erringen, droht ein weiterer Krieg gegen den Iran und langfristig ein Weltkrieg mit dem neuen Shanghaier Bündnis bestehend aus Russland, China, Weißrussland und den mittelasiatischen Staaten. Auch der 2. Weltkrieg begann eigentlich schon vor dem 1. September 1939, mit dem Überfall der Faschisten auf das republikanische Spanien, mit dem Überfall der Mussolini-Faschisten auf Nordafrika, mit dem Einmarsch der Japaner in China. Sind wir nicht heute schon in der Vorphase des 3. Weltkriegs?

Die anderen Mächte in Asien werden nicht zulassen, daß die USA sich immer mehr in Asien festsetzen, sich die Ölvorräte dieser Region aneignen und die Menschen der Dollar-Herrschaft unterwerfen.

Die Macht der USA beruht heute nur noch auf ihrer militärischen Kraft. Ökonomisch sind sie am Ende. Deshalb ist dieser Kampf um Rohstoffe so gefährlich. Diese "kleinen Kriege" ähneln dem Vorspiel zum 1. und zum 2. Weltkrieg.

Die Bundesregierung zündelt hier ebenso gefährlich mit. Alle Parteien im Bundestag bis auf die Gruppe um Lafontaine machen dieses Kriegsspiel mit. Man fängt sogar an, Kriegsgegner zu inhaftieren wie Oliver, Florian, Axel und Andrej in Berlin. Antimilitaristischer Kampf wird mit Terrorismus gleichgesetzt. Bombardierung von Zivilisten dagegen gilt als Demokratie-Export.

Wir fordern:

Bundeswehr raus aus Afghanistan und anderen Ländern!

Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren!

Deutschland raus aus der aggressiven NATO!

NATO raus aus Deutschland!

US-Truppen raus aus Deutschland!

US-Atomwaffen raus aus Deutschland!

Weg mit der Bundeswehr, kein Freiwilligen-Söldner-Heer, für ein starke Armee des Volkes.

Nicht erst der Krieg im Irak beweist es: Eine Söldner-Armee, die für Geld und andere persönliche Vorteile kämpft, kann zahlenmäßig und technisch ausgerüstet noch so überlegen sein - sie kann eine schlecht ausgebildete, schlecht organisierte und schlecht ausgerüstete Widerstandsbewegung nicht besiegen, weil diese nicht nur für Geld kämpft und nicht nur mit Waffen, sondern mit ihrem Herzen.

Die KPD/ML fordert alle sich als Sozialisten oder Kommunisten verstehenden Menschen auf: arbeitet politisch in der Bundeswehr!

Die KPD/ML unterstützt aber auch alle diejenigen, die den "Wehrdienst" in einer imperialistischen Armee verweigern.

Wir wünschen allen unseren Lesern und Mitstreitern ein gutes neues Jahr und weitere Erfolge im unserem gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Gehen wir weiter aufeinander zu, um eine gemeinsame kampfstärke, kommunistische Partei zu schaffen!

RS-Redaktion

Korrespondenz:**Chorweiler - Berlin - Afghanistan**

Was mir auf dem Wege zur Demo und danach so alles durch den Kopf ging

Am Samstag, dem 15.09.2007, trafen sich gegen 02:50 Uhr zwei Genossen der Kölner KPD/ML im Kölner Hauptbahnhof, P. aus Chorweiler und R. aus Zollstock. Zweck ihres Treffens: Fahrt mit dem Sonderzug nach Berlin um 04:57 Uhr zur Anti-Afghanistankrieg-Demonstration in Berlin. Warum mussten sich die beiden Genossen schon mitten in der Nacht zwei Stunden vor Abfahrt des Zuges treffen? Weil es in der Großstadt Köln nachts keine S-Bahn-Verbindung der Linie S11 zwischen Köln-Chorweiler und dem Stadtzentrum von Köln gibt.

Der Kölner Norden ist nachts vom Herzen der Stadt abgenabelt. Auch nachts sollte doch wenigstens einmal in der Stunde eine S-Bahn verkehren. Es geht dabei ja nicht nur um Nachtschwärmer. Es gibt auch berufstätige Mitmenschen, denen von ihren kapitalistischen Arbeitgebern berufliche Flexibilität abverlangt wird und auch Arbeitsbeginn und Bendigung zu unüblichen Zeiten. Denen bleibt aber jetzt nur das Auto, sofern sie eins haben, ansonsten sind sie aufgeschmissen. Aber auch das Auto steht den erst jetzt endlich anerkannten neuen Erkenntnissen über CO2-Belastung und Klimawandel entgegen. Aber die auch nachts benötigten Verkehrsmittel des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) fahren nicht.

Aber eine vernünftige Verkehrsplanung ist in der Millionenstadt Köln sowieso ein Fremdwort. Statt sich an Millionenstädten wie München, Frankfurt/M. oder Hamburg zu orientieren, liegen die Vorbilder anscheinend in weitaus kleineren (Groß-)Städten wie Düsseldorf, Hannover oder Braunschweig. Ein Versäumnis, welches sich alle Parteien im Rat der Stadt Köln vorwerfen lassen müssen, auch nicht zuletzt die so stolz arrogante Fraktion der Linken. Aber was kümmern kleinbürgerliche Autofahrer schon die Verkehrsprobleme armer und sozial schwacher Mitbürger. Auch zeichnen sich die Bezirksvertreter DER LINKEN nicht gerade durch bürgernahes Wohnen inmitten ihrer Wählerschaft aus. So wohnt der Bezirksvertreter DER LINKEN von Porz in Deutz (also sogar in einem anderen Stadtbezirk) und der Bezirksvertreter von Chorweiler wohnt nicht in einem Mehrfamilienhaus in Chorweiler zur Miete, sondern in einem Einfamilienhaus in Lindweiler.

Wie will man für die Probleme seiner Wähler eintreten, wenn man die, zumindest aus eigener Erfahrung, gar nicht kennt? Und die Deutsche Bahn AG ist seit

ihrer Privatisierung immer wieder äußerst zweifelhaft damit beschäftigt, den Kölner Norden mit den S-Bahn-Stationen Köln-Volkhovener Weg, -Chorweiler, -Chorweiler Nord, -Blumenberg und BWorringen bei Bedarf vom S-Bahn-Netz abzutrennen. Bei Verspätungen werden die S-Bahnzüge der S11 unter Auslassung und Nichtbedienung der vorgenannten Stationen in beiden Richtungen über die Neusser Fernbahngleise umgeleitet. Die DB AG denkt wohl, mit den armen und sozial schwachen Menschen im sowieso schon von den Medien schlecht gemachten Chorweiler kann man es ja machen. Über diese Thema generell hat schon die namhafte Zeitung eisenbahn-magazin in ihrer Ausgabe 9/2007 berichtet: ARhein / Ruhr Auf zweifelhaften Wegen gegen die Verspätung. Wenn die Bahn schon nicht in der Lage ist, für alle Bahnkunden pünktlich zu verkehren, darf sie zumindest nicht einzelne Stationen oder Regionen ausklammern und damit diskriminieren. Es ist an der Zeit, dass aus der Privatisierten DB AG wieder eine staatliche Bundesbahn wird, die im Interesse aller Menschen (und somit gerade auch der armen und sozial schwachen) eine Pflicht zur Beförderung in allen Gegenden und Regionen hat. Es ist allerhöchste Zeit, dass der Staat in unserem Land erkennt, dass er eine soziale Verpflichtung gegenüber seinen Bürgern hat, ein Staat, der nur Selbstzweck ist und nur durch Polizei, Bundeswehr, Finanzämter, Zoll und Außenpolitik in Erscheinung tritt und alle sozialen Verpflichtungen gegenüber seinen Bürgern, wie z. B. Verkehr, Post und Telekommunikation, Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit und Altersversorgung nicht oder in nur zu geringem Maße erfüllen will, brauchen wir Menschen doch gar nicht (darüber sollten alle Politiker mal nachdenken!).

Die private Vorsorge ist gerade für die sozial schwachen und armen Menschen keine Alternative.

Wie auch immer, eigentlich wollte ich ja über die Fahrt zur Demo und ihren Verlauf berichten: der Sonderzug nach Berlin kam pünktlich, und mit vielen anderen Gegnern des Afghanistan-Krieges fuhren wir beiden Genossen der KPD/ML zur Demo nach Berlin. Der Sonderzug kam auch pünktlich in Ostberlin an. Mit wehenden Fahnen (es war sehr windig in Berlin trotz Sonnenschein und blauem Himmel), die meisten rot, einige bunt (Friedensbewegung),

darunter auch die rote Fahne mit dem Logo der KPD/ML, die der Genosse P. trug, zogen die Antikriegsdemonstranten durch Berlin hin zum roten Rathaus, hinter dem die Eröffnungsveranstaltung schon begonnen hatten. R. gelang es, in der Menschenmenge auch die Genossen aus Recklinghausen und aus Magdeburg zu finden, so dass die Genossen nun gemeinsam Flugblätter verteilen, ROTER STERN verbreiten und die Parteifahne Präsenz zeigen lassen konnten. Reden gegen den Krieg wurden von den Ver-



anstaltem und ihren Gästen auf der Bühne gehalten, währenddessen waren die Genossen unserer Partei damit beschäftigt, unter den Zuschauern und Zaungästen um die Aufmerksamkeit für unsere Partei zu werben. Schließlich war die Eröffnungsveranstaltung zu Ende, und der Demonstrationzug gegen die Verlängerung des Bundeswehrmandats in Afghanistan setzte sich in Bewegung. Es dauerte nicht lange, und Genosse P. lief mit der roten Fahne der KPD/ML an der Spitze des Demonstrationzugs mit, dahinter viele Tausende von Menschen. Es ging durch die Berliner Innenstadt, "Unter den Linden" wurde durchlaufen, irgendwann ging der Zug am Brandenburger Tor seitlich vorbei, um dann am Ort der Schlussveranstaltung im Tiergarten zu enden. Die Demonstranten wurden mit der Musik einer lateinamerikanisch/ brasilianischen Musikband mit Trommeln empfangen, der dann das weitere Schlussprogramm folgte. Genau wie bei der Eröffnungsveranstaltung gab es nur ein Thema: Schluß mit dem Krieg und dem Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Auf dem Pappschild einer Demonstrantin stand schlicht und einfach: "Scheisskrieg". Und auf R.s Plakat stand: "Völkermordzentrale USA." Die Menschen in Deutschland wollen keinen Krieg in Afghanistan, und schon gar nicht für das Öl und die Interessen der US-Amerikaner.

Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sind gegen den Krieg in Afghanistan und die deutsche Be-

teiligung daran, trotzdem hält die Regierung an ihren Beschlüssen fest und will das Bundeswehrmandat für Afghanistan verlängern und damit den Willen der absoluten Mehrheit des deutschen Volkes vergewaltigen. Die jetzige Koalitionsregierung hat jetzt wohl eine Mehrheit im Bundestag, aber keine Mehrheit in der Bevölkerung, zumindest, was den Krieg in Afghanistan angeht. Aber es ist ja schon eine ungute Tradition in Deutschland, wenn es zu viele arbeitslose Menschen gibt, diese einfach zum Militär einzuziehen, in den Krieg schicken und sterben zu lassen. Das bereinigt und schön die Statistiken. Das geht auch hier in Chorweiler die Menschen an, denn auch hier gibt es viele arbeitslose Menschen, die Hartz-IV-Empfänger sind, sollen oder wollen die mit der Bundeswehr nach Afghanistan gehen? Das wollen wir, die KPD/ML, mit allen Kräften verhindern.

Nach der Schlußkundgebung verabschiedeten sich die Genossen P. und R. von den meisten anderen Genossen, M. war leider in der großen Zahl der Demo-Teilnehmer nicht aufzufinden. Nach einem kurzem Snack in einem Schnellimbiss im Berliner Hauptbahnhof ging es schließlich um 18:00 Uhr mit dem Sonderzug zurück nach Köln, der auch 00:17 Uhr pünktlich in Köln ankam, vielen Dank an dieser Stelle an den (oder die) Lokführer, aber unterbezahlte Arbeitnehmer müssen ja in diesem Land immer wieder Schwerst- und Präzisionsarbeit verrichten, ohne dafür den gerechten Lohn zu erhalten. Mit der U- (oder Stadtbahn) kamen P. und R. dann irgendwann in der Nacht zuhause in Chorweiler bzw. Zollstock an, was nicht ohne Umsteigen ging, man frage sich hier, warum die KVB einmal durchgehend ins Zentrum der Stadt führende Linien abgeschafft hat????!???

Aber am nächsten Tag kam dann die Enttäuschung, in den Fernsehnachrichten wurde über die Berliner Anti-Afghanistan-Krieg-Demonstration mit keinem Wort berichtet. Dies zeigt, wie die Massenmedien über Vorenthaltung von Informationen (oder aber über zuviel gestreute Informationen) das deutsche Volk manipulieren, eine Anti-Kriegs-Demonstration, über die die Medien nicht berichten, hat es eben nicht gegeben, so einfach ist das für die Mächtigen in diesem Land.

Und gerade deshalb brauchen die Menschen in Deutschland, in Köln, in Chorweiler (und auch die armen, seit vielen Jahren von Kriegen gebeutelten Menschen in Afghanistan) eine starke friedensstiftende, demokratische und sozialistische Partei, die KPD/ML.

P. aus Köln-Chorweiler

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

(Der folgende Text war die Grundlage für das Seminar, das von den Unterzeichnern am 12. Januar 2008 in Berlin durchgeführt wird)

Dem Imperialismus entgegen!

Deutschland ist längst zurück auf der internationalen Arena der Kriegstreiber. Weit über 7000 deutsche Soldaten sind unter anderem im Libanon, in Kosova, Bosnien-Herzegowina, Afghanistan, dem Horn von Afrika, dem Sudan, Georgien, Äthiopien und der Demokratischen Republik Kongo im Einsatz und führen dort Krieg gegen die Bevölkerung, besetzt diese Länder und plündert sie aus.

Die Kriegseinsätze werden mit vielerlei Vorwänden wie der "humanitären Hilfe" und dem "Kampf gegen den Terror" begründet. Aber in Wahrheit geht es einzig und allein um maximale Profite für den deutschen Imperialismus, für die Banken und anderer Monopolkonzerne. Deutschland ist eine der führenden imperialistischen Mächte der Welt. Imperialismus, das heißt auch weltweite Konkurrenz um die Neuaufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände. Dabei sind die Maßnahmen der deutschen Imperialisten vielfältig: Aufbau der EU als Konkurrenzzentrum, das es zukünftig auch mit den USA aufnehmen kann, diplomatische Erpressung anderer Völker bis hin zum Krieg. In direktem Zusammenhang damit werden die demokratischen Rechte immer mehr abgebaut und der Druck auf die Arbeiterklasse durch Sozialkassenschlag nimmt immer mehr zu.

Und daran wird sich auch nichts ändern, solange sich am ökonomischen System nichts grundlegend ändert und nicht mehr der Profit sondern die Interessen der Menschen im Zentrum stehen. Solange das System auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht und sich nach den Gesetzen des Profits bewegt, werden auch Kriege unvermeidlich sein.

Imperialistischer Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, und diese Politik beruht darauf, den Kapitalismus, also das System der Lohnsklaverei aufrechtzuerhalten. Reformen können daran nichts ändern. Aber die objektiven Bedingungen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung bestehen bereits. Dieses System, in dem nicht der Profit, sondern die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen, ist der Sozialismus.

Das war zu Anfang des letzten Jahrhunderts nicht

anders als heute, und damals wie heute gibt es Menschen, die dies erkennen und gegen imperialistische Kriege und Besatzungen kämpfen. Vor dem I. Weltkrieg war es Karl Liebknecht, der die wahren Interessen des deutschen Imperialismus entlarvte und zum Kampf gegen imperialistischen Krieg und Militarismus aufrief. Für ihren revolutionären Kampf wurden er und Rosa Luxemburg im Auftrag des deutschen Kapitals und der SPD-Regierung am 15. Januar 1919 brutal ermordet. Doch ihr Ruf ist nicht verhallt, sein Echo erklingt alle Jahre auf der LLL-Demonstration in Berlin und auf allen anderen Kundgebungen und Demonstrationen gegen imperialistische Kriege und Besatzungen.

Wir, die Antiimperialistische Aktion veranstalten am 12. Januar 2008 eine Konferenz, bei der wir einerseits über den deutschen Imperialismus und seine Rolle als weltweiter Kriegstreiber diskutieren wollen, andererseits über die Frage, wie wir den Kampf gegen den deutschen Imperialismus konkret organisieren können.

Die Konferenz soll konkret und praktisch sein: Deshalb sind eure Meinungen und Beiträge gefragt! Kommt zur Konferenz der Antiimperialistischen Aktion am 12. Januar in Berlin und diskutiert mit uns!

Unterzeichner:

Sozialistische Linke - SoL, ATIK, YDG, Roter Oktober, ADHK, ADGH, KPD/ML, AGIF, Young Struggle, KPD, Trotz Alledem, Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, ILPS und Einzelpersonen



Im Geiste von Karl und Rosa

Der Hauptfeind ist der bürgerliche deutsche Staat

Der kapitalistische deutsche Staat betreibt zur Zeit in der Alt-EU die reaktionärste Politik gegen die Arbeiterklasse im Dienst des internationalen Kapitals. Nirgendwo geht die soziale Schere zwischen dem obersten und dem untersten Fünftel der Einkommensbezieher stärker auf als in Deutschland. Jahresdurchschnittlich hat sich das Anteilsverhältnis in Deutschland um 3,4 % verstärkt, während es in fünf EU-Ländern, nämlich Frankreich, Schweden, Belgien, Niederlande und Spanien zurückgegangen ist.

Deutschland ist der Staat in Europa, der sich im Gegensatz z. B. zu den ebenfalls kapitalistischen Staaten Frankreich und Großbritannien vehement gegen die Einführung flächendeckender Mindestlöhne ausspricht.

Die Bourgeoisie in Deutschland zahlt den Lokführern weniger als andere westeuropäische Länder.

Fast ein Drittel der Deutschen rechnet mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 2008. Ebenso nimmt die Inflation als Ausdruck eines wachsenden internationalen Verteilungskampfes um Energie- und Nahrungsmittelreserven zu. Die neoliberale Globalisierung bringt keine Vorteile, wie immer versprochen, sondern Nachteile für die meisten Menschen.

Wenn man nicht in Pessimismus verfallen will, muß man dagegen kämpfen. Wir brauchen mehr Streiks in Deutschland. Wir brauchen eine Abschaffung der lohndumpenden Leiharbeit, die von Unternehmen wie BMW brutal ausgenutzt wird.

Deutschland ist das Land in Europa, in dem die Real-löhne am meisten sinken. Wir haben 20 % Niedriglöhner unter 7,50 Euro.

Deutschland ist das Land in Europa, in dem "von oben" am meisten gegen die CO2-Begrenzung beim Klimaschutz gewettert wird, sowohl bei Kohlekraftwerken, wie beim Automobilbau und Tempolimit.

In Deutschland gibt es die niedrigste Geburtenrate in Europa und es wird am wenigsten getan für Kinder und Familien. Laut Kinderschutzbund leben 2,6 Millionen Kinder bis zum Alter von 18 Jahren auf Hartz-IV-Niveau (208 Euro pro Kind). Die Zahl erhöht sich auf etwa 5 Millionen Kinder, wenn man die Familien dazurechnet, die nur knapp oberhalb der Hartz-IV-Grenze leben. Mehr als 1,9 Millionen Kinder auf Sozialhilfe-Niveau sind jünger als 15 Jahre. Ein Drittel aller Kinder lebt also auf Hartz-IV-Niveua von 208

Euro pro Monat oder knapp darüber. Bei den Kindergartenplätzen für Kinder unter 3 Jahren ist Deutschland zusammen mit dem anderen Niedriggeburtenland Italien Schlusslicht. Bei der Beschäftigungsrate von Alleinerziehern ist Deutschland ebenfalls unter den Schlusslichtern.

Bei den Arbeitskosten ist Deutschland laut Eurostat vom 13.12.07 auf dem letzten Platz.

Ebenfalls Schlusslicht ist Deutschland in der Bildung. Weniger Akademiker pro Jahrgang als in Deutschland werden nur noch in einem OECD-Staat ausgebildet, nämlich in der Türkei. Beim Einsatz öffentlicher Mittel im Bildungssystem rangiert Deutschland im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weit unten und noch unter dem OECD-Durchschnitt. Bei den Ausgaben pro Grundschüler und für die Unterstufe der Oberschulen liegt Deutschland fast ganz am Ende des internationalen Feldes. Nach der OECD-Berechnung ist an deutschen Schulen für Kinder aus der unteren sozialen Schicht die "Wahrscheinlichkeit" des Versagens in der Basisqualifikation Mathematik um 4,6 mal größer als für Kinder aus der Oberschicht. Nur Belgien, die Slowakei und Ungarn haben unter 29 untersuchten Staaten noch schlechtere Werte.

Auf zwei Feldern hat der deutsche Staat aber "Erfolge" zu vermelden:

Erstens in der Bespitzelung der Bevölkerung: Ab 1. Januar 2008 sollen die Telefonverbindungen und Internetdaten aller Bürger für ein halbes Jahr auf Vorrat gespeichert werden. Solch eine flächendeckende Überwachung gab es in Deutschland noch nie, weder im Dritten Reich noch in der DDR.

Zweitens zeichnet sich die in Deutschland herrschende Klasse aus durch eine aggressive Politik nach außen wie die Besetzung Nordafghanistans, Blockade Libanons und die Kriminalisierung kommunistischer, nationaler und islamischer Befreiungsorganisationen wie PKK, TKP/ML, Hamas und Hisbollah.

Der deutsche Staat ist in jeder Hinsicht reaktionär. Diesem System keinen Cent, keinen Euro!

Machen wir es wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Bauen wir eine starke kommunistische Arbeiterpartei auf, die für ein anderes System kämpft, für das Wohl des Volkes, für den Sozialismus und weiter für eine klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus.

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php/item/738>

Nochmals ein Wort zum Lokführer-Streik der GDL: Solidarität weiter notwendig! Gegen massive Angriffe auf das Streikrecht

2. November 2007

30 Stunden haben die Lokführer der GDL am 25. und am 26.10. 2007 gestreikt, soweit sie durften! Mit 10 Millionen Euro Einnahmeausfall und weiteren Schäden bezifferte die Bahn den Schaden aus dem Streik. Bahnvorstandsvorstandsmitglied Rausch führte diesen Betrag vor allem auf Einnahmeausfälle zurück und räumte ein, dass 1700 Lokführer teilgenommen hätten und 7400 Züge ausgefallen seien. Starke Ausfälle habe es vor allem in den östlichen Ländern gegeben.

Die GDL meldete dagegen 4000 Streikende.

Aber so eindrucksvoll die Aktion gewesen sein mag - durch die massiven Angriffe auf das Streikrecht konnte die GDL nicht ihre ganze Kraft entfalten! Nach wie vor verbietet eine einstweilige Anordnung Streiks im Güterverkehr und dem Fernverkehr. Ist das schon ein Skandal, ist allein die Begründung dafür, dass ein solcher Streik unverhältnismäßig hohen Schaden anrichtet, was für jeden Streik behauptet werden kann, ein Skandal für sich, so müssen doch auch die anderen Repressionsmaßnahmen genannt werden.

Verkappte Aussperrung

Die Bahn sperrt befristet aus. Durch die so genannten Notfallfahrpläne der Bahn fahren Züge nicht, die eigentlich fahren könnten, weil beamtete oder nicht in den Streik einbezogene Lokführer bereit standen. Sie wurden aber heimgeschickt! Das wurde Mitarbeitern von Arbeit Zukunft durch Betroffene berichtet.

Fristlose Kündigungen!

Die Bahnt feuerte nach eigenen Angaben 2 Streikende Lokführer fristlos. –Bahnsprecher Uwe Herz warf ihnen öffentlich die Gefährdung der Sicherheit vor, was die GDL aber vehement bestreitet! Herz gestand darüber hinaus eine "zweistellige Zahl von Abmahnungen" ein, die dazu dienen sollen, Kündigungen bei wiederholter Streikbeteiligung einleiten zu können. Die GDL bestreitet diese

Zahlen und spricht von mehr als 100 Abmahnungen.

Hausverbote:

Die Bahn verbietet Streikenden, die Bahnhöfe zu betreten. Sie wollen es den Streikenden unmöglich machen, die Reisenden zu informieren. Trotzdem kam es am Donnerstag, dem 25.10.07, auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof zu einer Demonstration!

Streikbruch:

Beamte werden zu Streikbruch gezwungen. Regu-

16,7 Mio für Bahnvorstand 2006!

Danke Transnet!



Danke GDBA!

450% mehr Gehalt seit 1999!

läre Züge werden einfach in "streikbedingte Sonderzüge" umbenannt. Unter dieser Voraussetzung dürfen Beamte, die sonst keinen Lokführerdienst machen, zu Fahrten beordert werden, wenn sie die Lizenz dazu haben.

Außerdem versucht die Bahn immer wieder, streikende Lokführer zu "Notdiensten" zu zwingen. Die GDL bestreitet, dass es Notdienstfälle gegeben habe. Davon könne nur dann die Rede sein, wenn durch den Streik eines Lokführers Gefahr für Leib und Leben von Fahrgästen gegeben sei. Solche Fälle habe es aber nicht gegeben. Natürlich wertet die Bahn aber die Weigerung streikender Kollegen,

irgendwelche Züge als "Notdienst" zu fahren, als Arbeitverweigerung, und droht mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Kündigung!

Das alles sind massive Angriffe auf das Streikrecht aller arbeitenden Menschen!! Deshalb ist hier dringend Solidarität geboten. Wir können nur alle Kolleg/innen und Kollegen aufrufen, auch gegenwärtig erwerbslose Menschen, keine Streikbrecherarbeiten durchzuführen!

Aber der Bahnvorstand versucht auch massiv, politisch in die Offensive zu kommen, um die Streikbereitschaft und die Kraft der Streikenden zu untergraben.

Hierher gehört die unverschämte Anzeigenkampagne, mit der angeblich 1000 Lokführer geworben werden sollen. Diese werden dann aber nicht, so die GDL, in die DB-AG eingestellt, sondern ähnlich wie seinerzeit bei VW, in eine noch zu gründende bahneigene Leiharbeitsfirma, die "DB Zeitarbeit". Der Haustarif für diese Firma liege 5 % unter dem DB-Niveau, abgeschlossen (offenbar im Vorab) von der Transnet, so die Kritik der GDL.

Der Bahnvorstand behauptet nun, es hätten sich tausende Interessenten auf diese Anzeigenkampagne hin gemeldet, ein Zeichen wie gut es den Lokführern bei der Bahn gehe, wenn solch ein Andrang herrsche. Sogar 170 bereits bei der DB Beschäftigte hätten sich gemeldet! So sollen die GDL-Kollegen erneut als raffgierige Egoisten hingestellt werden. Und das ist dann immer noch nicht genug. Denn:

Ein CDU-Minister fordert ein verschärftes Streikrecht

In einem Interview mit "Der Spiegel"(34/2007) fordert inzwischen der sächsische Justizminister Geert Mackenroth (CDU) ein "Arbeitskampfgesetz", mit dem er verhindern will, dass durch Streiks unverhältnismäßige Schäden für "die Volkswirtschaft" angerichtet würden. Das Gesetz solle solche Konflikte (er meint die Streiks!) grundsätzlich regeln.

Das kann nur weitere Beschneidung des Streikrechts bedeuten. Mackenroth will nach diesem Gesetz Gerichte über Streiks entscheiden lassen: diese müssten "das Gesamtgefüge bewerten, also: Wie ist die wirtschaftliche Situation des Unternehmens, sind Arbeitsplätze gefährdet welche volkswirtschaftlichen Schäden können entstehen – und steht das alles im Verhältnis zu den berechtigten gewerk-

schaftlichen Interessen?" (Zitiert nach Spiegel) Das sind alles rhetorische Fragen, deren Antwort doch schon von vornherein feststeht. Das sind tausend Totschlagfragen und tausend unausgesprochene Totschlagargumente gegen jeden Streik!

Wohlgemerkt, noch ist das nur eine Meinungsäußerung eines CDU-Arbeiterfeindes und offenbar konsequenten Reaktionärs. Aber die nächsten Angriffe auf das Streikrecht aller werden bereits öffentlich diskutiert. Nicht "Grundrecht auf uneingeschränktes Streikrecht!" ist bei den Herrschenden angesagt, sondern die Einschränkung bis auf einen Rest eines von Gewerkschaftsbürokraten verwalteten Rumpfrechtes. Interessant ist nämlich, dass in Mackenroths Argumentation auch die Größe einer Gewerkschaft vorkommt: "Je kleinteiliger die Gewerkschaftslandschaft wird,... desto mehr müssen Gerichte für die Angemessenheit der Mittel sorgen" Also: Kollegin, Kollege, wenn du in einer



kleineren Gewerkschaft bist, vergiss dein Streikrecht!

Das sind heftige Angriffe, und diese müssen von allen Kolleg/innen gemeinsam zurückgewiesen werden.

Wir verteidigen das Streikrecht der Lokführer auch gegen Angriffe aus der Transnet und anderen Bahn- und sonstigen Gewerkschaften. Skandalös, dass SPD-Chef Beck sich offen gegen die Lokführer wendet! Aber die Rolle von Transnet und ihres Vorsitzenden Hansen muss besonders untersucht werden: Immer wieder wurde in den Medien darauf hingewiesen, dass es den Aufsichtsratsmitgliedern aus der Transnet, darunter Hansen, scheinbar keinerlei Kopfschmerzen bereitet, 170%igen und höheren Gehaltssteigerungen für die Bahnvorstände

zuzustimmen. Sie haben jetzt kein Recht, über die Lokführer in der GDL zu richten. Der Bahnvorstand bediente sich mit Hilfe solcher Aufsichtsräte in den letzten Jahren in skandalöser Weise und übt jetzt offene Repression gegen streikende Kollegen, die für normale Arbeiterforderungen kämpfen! Ein gesellschaftlicher Skandal! Aber dieser Skandal hat altbekannte Namen: Kapitalismus und Ausbeutung!

Wir sind mit denen solidarisch, die dagegen um ihr Recht kämpfen. Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf, diese Haltung mit uns zu teilen. Die Spaltung unter den Bahnkollegen wird nicht durch Verweigerung von Solidarität überwunden, sondern durch tätige Solidarität!!

Übrigens: Die Vorstände der anderen Bahngewerkschaften haben sich doch tatsächlich Öffnungsklauseln in ihren jüngst abgeschlossenen Tarifvertrag schreiben lassen, die ein Ende der Friedenspflicht für den Fall vorsehen, dass der Bahnvorstand mit anderen Gewerkschaften über höhere Tarifsteigerungen verhandelt. Das ist zwar schofel, denn solche Klauseln räumen damit ja indirekt ein, dass die Unterzeichner sich mit Geringerem zufrieden gegeben haben, als möglich gewesen wäre. Aber jetzt ist der Fall ja wohl gegeben! Also Schluss mit der Friedenspflicht, alle in den Streik für die gerechten Forderungen der Bahnkolleg/innen!

Und wir fügen hinzu:

- * Alle gemeinsam gegen das Kapital!
- * Schluss mit der Bahnprivatisierung!
- * Solidarität – auch aller Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter - mit den Lokführern!

Red AZ

Anmerkung der RS-Redaktion: Die Abbildungen wurden von uns eingefügt. Zur ersten unser ergänzender Kommentar:

Danke Transnet, Danke GDBA: 16,7 Millionen Euro Gehalt für Bahn-Vorstand in 2006!

Der Bahn-Vorstand bedankt sich bei der Transnet und der GDBA: 2006 gab es 16,7 Millionen Euro Gehalt für den Vorstand - immerhin 450 % mehr seit 1999, Mehdorn allein bekam 3,18 Millionen Euro im Jahr 2006. Mehdorn selbst hat sich sein Pöstchen bis zum Jahr 2011 garantieren lassen. So kann er sich dann noch ein paar Millionchen für den wohlverdienten Ruhestand einsacken, und wer

weiß, was er sich bei der Privatisierung der Bahn noch so einstecken kann/konnte!?

Die Funktionäre von Transnet und GDBA haben ihren Gewerkschafts-Mitgliedern seit 1999 vermittelt, daß Lohnverzicht, Mehrarbeit und ein gut verdienender Vorstand nur zu ihrem Besten und unverzichtbar für den Fortbestand des Unternehmens seien. Das sieht doch hoffentlich jeder ein, alles andere wäre nur blanker Sozialneid...

KOLLEGIN ! KOLLEGE !
UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE KPD/ML
!
UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUFBAU
DEINER ZEITUNG
ROTER STERN
SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM KA-
PITALISMUS,
ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,
ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,
MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !
KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !
ROTER STERN
IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN
EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !

Abonnement:

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer ROTER STERN abonnieren

möchte, kann das tun:

Bitte, überweist den

Preis für 6 Ausgaben 10,- € incl. Porto

auf das Konto:

F. Pöschl, Postbank Köln, K-Nr. 152160508, BLZ
370 100 50

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Am 29. Oktober wurde Kemal Kutan während einer Zugfahrt nach Stuttgart von der deutschen Polizei aus politischen Gründen und in enger Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat, der die Auslieferung des kurdischen politischen Aktivisten verlangt, verhaftet. Er ist in der Türkei von Folter und lebenslanger Haft bedroht.

Warum gibt es Repression

Kemal Kutans Fall ist Grund genug, sich zu veranschaulichen, warum es die Anti-Terror-Gesetze und diese polizeiliche Praxis gibt. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die auf unterschiedlichen und sich fundamental entgegenstehenden Interessen von ArbeiterInnen und dem Kapital beruht, benötigt zur Aufrechterhaltung des Lohnsystems ein Ordnungsprinzip, das einen möglichst reibungslosen Ablauf der gesellschaftlichen Verhältnisse gewährleistet. Recht und Gesetz mit all seinen Ausführungsorganen sind hierbei notwendige Konsequenz und Wesensmerkmal einer jeden Klassengesellschaft.

Repression betrifft alle

Die daraus resultierende und auch durchgesetzte Repression findet natürlich in erster Linie Anwendung auf all diejenigen, die sich den Sturz dieser Verhältnisse zum Ziel gesetzt haben. Ausdruck hiervon sind zum Beispiel die §§ 129a und b des Strafgesetzbuches, die die Mitgliedschaft und Werbung für vermeintlich terroristische Vereinigungen unter erleichterten Bedingungen verfolgt und bestraft.

Die Fälle der türkischen und kurdischen Aktivisten Kemal Kutan und Binali Yildirim (siehe Kasten Einzelschicksale) als aktuelle Beispiele zeigen, dass selbst politische Flüchtlinge nicht mehr vor der Abschiebung ins Folterland Türkei sicher sind. Am 05.12.07 wurden im Zuge von Ermittlungen gegen die Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten (TKP/ML) von der Bundesanwaltschaft mit 140 Polizisten bundesweit 13 Gebäude der demokratischen Migrantenorganisation ATIK und ATIF durchsucht. Die Durchsuchungen von Vereinsräumen und Wohnungen richteten sich gegen 10 Mitglieder, die mutmaßlich eine innerhalb der TKP/ML bestehende ausländische terroristische Vereinigung bilden sollen. Obwohl die TKP/ML in Deutschland nicht verboten ist, wird den 10 Personen laut der Bundesanwaltschaft vor-

geworfen materielle und finanzielle Mittel für die Partei besorgt zu haben.

Das Vorgehen gegen die G8-Proteste beweist, dass die staatliche Repression nicht auf "ausländische" Revolutionäre beschränkt bleibt, deren Organisationen in der Türkei auch bewaffneten Widerstand leisten.

Der G8-Gipfel wurde zum Anlass genommen die Repression gegen fortschrittliche Bewegungen erheblich zu erhöhen. Im Vorfeld wurden Wohnungen durchsucht, Menschen festgenommen und das Polizeigesetz in Mecklenburg-Vorpommern verschärft. Erst nach den Protesten zeigte sich das endgültige Ausmaß der Repression. Die Bundeswehr wurde mit 1.100 Mann im Inneren eingesetzt und die Gefangenen wurden in Käfige eingesperrt.

Repression sieht man weltweit

Im Zuge der Kriege im Nahen und Mittleren Osten wird die Repression der Herrschenden auch in den kriegsführenden und profitierenden Ländern in Gesetzesform gefaßt. Mit der europaweiten Angleichung der "Anti-Terror-Gesetze" erweitern sie ihren Handlungsspielraum. Die Verfolgung von Oppositionellen, Folter und Mord an Gefangenen gehören zur Praxis kapitalistischer Staaten.

Ein Beispiel hierfür ist der 12. Februar 2007 in Italien. In den Städten Mailand, Padua, Triest, Turin und Zürich durchsuchten ca. 500 Polizisten und Anti-Terror-Einheiten, über 70 Wohnungen und verhafteten 15 Militante aus der kommunistischen Bewegung in Italien. Es handelt sich bei den Verhafteten unter anderem um aktive Gewerkschaftsmitglieder. Ihnen wird von den Repressionsorganen der Aufbau der Politisch-Militärischen Kommunistischen Partei (PCP-M) und die Herausgabe der Zeitschrift "Aurora" vorgeworfen.

Ähnlich wie in Italien verhält es sich in anderen Staaten; so auch in der BRD. Die revolutionären Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion (RAF) wurden jahrelang in den Gefängnissen Isolationshaft ausgesetzt. Noch immer gibt es drei Gefangene aus der RAF, die zum Teil bereits seit über 24 Jahren in Gefängnissen sitzen. Stammheim wurde weltweit zum Symbol für Folter und Mord.

Seit September 2006 sieht sich die Marxistische Leninistische Kommunistische Partei Türkei/Nordkurdistan (MLKP) einer massiven Verfolgung

durch den türkischen Staat ausgesetzt. Dutzende AktivistInnen befinden sich im Gefängnis. In einer Anklageschrift fordert der Staatsanwalt gegen 23 Revolutionäre insgesamt 3.000 Jahre Haft.

Derzeit befinden sich seit den Razzien im November 2006 allein sechs türkische Revolutionäre mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) in Haft. Sie sollen nach §129b verurteilt werden.

Weltweit sind Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Herkunft inhaftiert. Seien es Flüchtlinge in den Abschiebegefängnissen Deutschlands oder Mumia Abu Jamal, der im Todestrakt der rassistischen USA seit 1982 inhaftiert ist. Ein weiteres Beispiel von vielen sind die baskischen Gefangenen.

Solidarität mit den Gefangenen

Es besteht die Notwendigkeit, unsere Solidarität mit den politischen Gefangenen auf internationaler Ebene zu zeigen. Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen und kämpfen dafür, die Grundlage dieser Gewaltanwendung in Form von Gesetzen und ihrer Durchsetzung - die kapitalistische Gesellschaftsordnung - abzuschaffen.

Einzelschicksale

Kemal Kutan

Wurde aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Türkei verhaftet. Bereits 1980 während eines Militärputsches wurde Kemal Kutan in der Türkei verhaftet und schwer gefoltert. Wegen seiner kommunistischen Gesinnung und Aktivitäten wurde er bis heute von der Türkei überwacht. Vor allem aber war er im Blickfeld des türkischen Staates, weil er als revolutionärer Schriftsteller aktiv die Ungerechtigkeiten in der Türkei anprangerte. Er ist ins Exil nach Deutschland geflohen, um politisches Asyl zu beantragen. Er sitzt jetzt wieder in Haft und ist davon bedroht, in die Türkei ausgeliefert zu werden, wo ihm Folter und lebenslange Haft drohen.

Binali Yildirim

Am 29. Mai 2007 hat die spanische Polizei im Auftrag von Interpol den in Hamburg lebenden türkischen Kommunisten Binali Yildirim während eines Aufenthaltes in Spanien verhaftet. Obwohl er in Deutschland als politisch Verfolgter anerkannt ist, drohen ihm Folter und lebenslange Haft in seinem Heimatland. Bereits bis 2002 befand sich Binali Yildirim im türkischen Isolationsgefängnis Edirne und wurde dort schwer gefoltert. Bis heute ist der revolutionäre politische Gefangene nicht frei.

Wir trauern um Genossen Eberhard Urbainczyk

Er verstarb am 24.9.2007 nach längerer Krankheit im Alter von 76 Jahren in Recklinghausen. Eberhard



war Mitglied der alten KPD, machte aber den Kurs der DKP in den Revisio-nismus nicht mit. Er arbeitete bei ATTAC mit, in zahlreichen Bündnissen und Initiativen und wurde kurz vor seinem Tode als Vertreter der Bürgerfraktion

“BASTA!” Ratsmitglied in Recklinghausen. Wir lernten ihn schätzen als aufrechten Kämpfer gegen Kapitalismus und Faschismus. Sein einziger Fehler war auch einer seiner Vorzüge:

Er wollte immer alles auf einmal.

KPD/ML Recklinghausen

Mitteilung

Auf Einladung der JungkommunistInnen Sachsen-Anhalts fand am 22.9.07 ein Treffen kommunistischer Organisationen und Einzelpersonen in Berlin statt. Anwesend waren Vertreter der KPD (Rote Fahne), KPD (Bolschewiki), KPD (Roter Morgen), KPD/ML sowie Einzelpersonen. Ziel des Treffens war es, Wege und Möglichkeiten zu beraten, um zu einer differenzierten Zusammenarbeit der KommunistInnen zu kommen. In einer freundschaftlichen und kameradschaftlichen Diskussion bekannten sich alle Anwesenden zur Notwendigkeit zum gemeinsamen Handeln und zur Schaffung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei. Bestehende Unterschiede sollen uns nicht an der Zusammenarbeit hindern. Mitte Dezember fand ein zweites Treffen statt. Im Verlauf der Gespräche wurde über die Ursachen des Niedergangs der sozialistischen Staaten gesprochen. Wann und wie dies erfolgte, wird Thema der am 7. März 2008 in Berlin tagenden 3. Runde der Gespräche sein. Als Grundlage wurde vorgesehen die Broschüre “Wie die DDR zur BRD kam”, neue & erweiterte Fassung, zur Diskussion zu verwenden. (als PDF herunterladen unter <http://www.kpd-ml.net/index.shtml>).

Kontakt über kpdjugend@freenet.de

Pressemitteilung

Stoppt die (Anklage)-Repressalien gegen fortschrittliche MigrantInnen und Ihre rechtmäßigen Vereine in der BRD

Am 5. Dezember 2007 wurde in den frühen Morgenstunden eine zeitgleiche Razzia in 3 Bundesländern und in 8 Städten der BRD durchgeführt. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, die diesen operationellen Angriff befehlt, leitete die Durchsuchung gegen 2 MigrantInnenvereine von ATIF und ATIK sowie 10 Personen in 13 Objekten ein. Einige dieser betroffenen Personen sind links-demokratisch gesinnte Mitglieder der legalen ATIF Vereine.

Allen Personen werden die "Mitgliedschaft" bei der TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei / Marxistisch - Leninistisch) vorgeworfen! In dem durch die als politische Verlängerung der Bundesregierung fungierende staatliche Anklagebehörde Bundesgerichtshof selbst erlassenen Durchsuchungsbefehl, wird erwähnt, dass diese kommunistische Organisation in der BRD als "nicht verboten" eingestuft wird.

Hinzu kommt, dass sich alle bürgerlichen Medien auf die gleichen Vorurteile der Justizbehörden und der Staatsanwaltschaft berufen. Fortschrittliche MigrantInnen, die legitim ihre politische Meinungen offenkundig darlegen und sich organisieren, werden unrechtmässig als "Mitglieder einer terroristischen oder linksextremistischen Organisation" abgestempelt. Obwohl noch nicht mal ein richterlicher Beschluss verkündet wurde.

Dieses Desinformationsstreben der herrschenden Medien und der Nachrichtenagenturen ist ein Indiz dafür, dass das Recht auf freien Informationsfluss zu Gunsten der Mächtigen aufgebaut ist. Auch in diesem demokratischen Lande wird immer wieder die Meinungsfreiheit missachtet.

Fortschrittliche und politisch Links eingestellte einheimische Organisationen und ihre AktivistInnen, als auch MigrantInnen in der BRD, die sich gegen Ausbeutung und weltweite Repressionen jeder Art und Missachtung der Menschenrechte einsetzen werden als "gemein gefährlich" eingestuft und verfolgt.

Infolgedessen unter Schirmherrschaft des internationalen Kapitalismus, kann die systematische Ausbeutung in der BRD unbehelligt weiter ausgeübt werden. Die ganzen Staatssicherheitsorgane sind

blind auf dem Linken Auge, somit können die faschistischen Organisationen, Ihre rassistischen Angriffe ungestört ausüben.

Deshalb, fordern wir alle demokratischen Organisationen und Parteien und sowie Einzelpersonen dazu auf, die undemokratische Vorgehensweise und ständig zunehmende Repressionswelle der BRD entschlossen entgegenzutreten.

Dieser Angriff gegen fortschrittliche Menschen ist erneute Missachtung des Grundgesetzes der freien Meinungsäußerung und des Organisationsrechts in der BRD.

- Unterstützt die Kampagne für das Einstellen des Verfahrens!
- Solidarisiert Euch für eine Lebenswerte Freie Zukunft!
- Stoppt die Repressalien gegen Linke Einheimische als auch Migrantische Organisationen und Vereine!
- Erhöht die Internationale Solidarität und Zusammenarbeit der Völker und aller Lohnabhängigen dieser Welt!

Stopp dem innen und außenpolitisch wachsenden imperialistischen Kriegswahn!

Es lebe die Völkerfreundschaft!

Hoch die Internationale Solidarität!

Richten Sie Ihre Proteste bitte an:

Generalbundesanwaltschaft Karlsruhe: Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe, Telefon: (0721)81910
Telefax: (0721) 81 91 59 0,
eMail: poststelle@generalbundesanwalt.de oder
poststelle@gba.bund.de

Bundesministerium der Justiz: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin, Telefon: (030) 18 580 - 0, Telefax: (030) 18 580 - 95 25, Dienststelle BONN: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn, Telefon: (0228) 99 580- 0, Telefax: (0228) 99 580 - 83 25, poststelle@bmj.bund.de

Antikapitalismus von rechts?

Kritik an Erscheinungen des Imperialismus liegt innerhalb der extremen Rechten im Trend. Neben geschichtsrevisionistischen Kampagnen, wie den alljährlichen Aufmarschversuchen in Dresden, Halbe und Wunsiedel, stellen Demonstrationen zu sozialen Themen momentan den wichtigsten Gegenstand extrem rechter Mobilisierungen dar. NPD und Freie Kameradschaften sind dabei die treibenden Kräfte. Als freie Kameradschaften bezeichnen sich extrem rechte Gruppen, die keine gesetzlich definierte Organisationsform haben. Solche Zusammenschlüsse bildeten sich im Zuge der Verbotswelle gegen extrem rechte Vereinigungen Mitte der 1990er Jahre, um sich dem Zugriff des Staates zu entziehen. Freie Kameradschaften agieren aktionsorientiert und sind offen neonazistisch und gewaltbereit. Schätzungen zu Folge gibt es in Deutschland etwa 200 Kameradschaften, ihre MitgliederInnenzahl schwankt zwischen je fünf bis zwanzig Personen. Freie Kameradschaften agieren unabhängig, sind aber stark untereinander bzw. mit NPD und JN vernetzt.

Neo-Nazis und soziale Fragen

Bereits Anfang der 1990er Jahre wendete sich die extreme Rechte sozialen Fragen zu. Dabei schälten sich zwei Haupttendenzen heraus: Ein Teil der extremen Rechten, etwa die Republikaner oder der Bund Freier Bürger, übten sich in der radikalen Interpretation des allgemeinen neoliberalen Trends und versuchten einen marktradikalen und autoritären Liberalismus mit rassistischem Populismus zu kombinieren. Eine Konzeption, die sich am großen



Rechte Rattenfänger

Erfolg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) orientierte. Der andere Teil der extremen Rechten wie NPD und Deutsche Volksunion (DVU) blieb bei einer "sozialdemagogisch-rassistischen Argumentation". Bei den Wahlen wurden sie von den Republikanern und ähnlichen Gruppierungen verdrängt. Gegen Ende der 1990er Jahre verschoben sich allerdings die Kräfteverhältnisse innerhalb der extremen Rechten. Der Populismus neoliberaler Prägung, wie er von den Republikanern vertreten wurde und wird, verlor angesichts des massiven, neoliberal motivierten Sozialabbaus an Attraktivität. Die NPD und die sich formierende Kameradschaftsszene gewannen mehr und mehr an Bedeutung. Seit 1998 führen sie am 1. Mai Aufmärsche zu sozialen Themen durch. Auf der größten Demonstration in Erfurt z.B. demonstrierten unter dem Slogan "Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre" etwa 1200 Nazis. Gegenüber den vielfältigen Aktivitäten von NPD und Kameradschaftsszene sind bei der DVU keine eigenständigen inhaltlichen Akzente und Aktivitäten ersichtlich. Ihr relativer Erfolg bei Landtagswahlen scheint vor allem auf ihre aufwendigen Wahlkämpfe und die fehlende Konkurrenz auf Grund von Wahl-

absprachen mit der NPD zurückzugehen.

Die "Globalisierungskritik" der NPD

Anders als heute vertrat die NPD zur Zeit ihrer Gründung eine eindeutig pro-kapitalistische Grundhaltung. In ihren Grundsätzen von 1964 postulierte sie den Schutz des Eigentums und würdigte ein "wagemutiges, selbstständiges Unternehmertum" (Eine ausführliche Darstellung des Wandels der Programmatik der NPD findet sich in Staud, Toralf (2006): Sozialismus nur für Deutsche. In: Ebd. Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. S. 68-106.)

Der ideologische Wandel der Partei begann in den 1970er Jahren. Außerhalb der NPD hatte sich die so genannte Neue Rechte gebildet, ein Diskussionszusammenhang von jungen, extrem rechten AktivistInnen, die sich an den Ideen und Aktionsformen der linken Außerparlamentarischen Opposition (APO) orientierten. Sie wollten sich von der

Vergangenheitsfixierung der traditionellen Rechten abgrenzen und propagierten unter Bezugnahme auf die antiimperialistische Rhetorik der damaligen Befreiungsbewegungen und neuere Theorien der Verhaltensforschung, die sie auf den Menschen anwendeten, einen modernisierten Nationalismus unter dem Schlagwort des "Ethnopluralismus" (Ethnopluralismus ist ein Konzept der Neuen Rechten, das entgegen der biologistischen Konstruktion von "Rassen" eine kulturalistische Differenzierung ethnischer Zuschreibungen und eine Einteilung entlang der Konstruktion von "kulturellen Identitäten" vornimmt.)

Die AktivistInnen der Neuen Rechten griffen dabei aktuelle Themen wie Umweltschutz auf und beschäftigten sich in viel stärkerem Maße als die traditionelle Rechte mit sozialen Fragen. Ihr Ziel war es, wichtige Begriffe und Diskurse von rechts zu besetzen und so eine kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft zu erlangen. So verwenden die Neo-Nazis ebenfalls den Begriff "Globalisierung". (Von bürgerlicher und kleinbürgerlicher Seite wird dieser Begriff gern benutzt. Die "Globalisierung" leugnet z.B. die Existenz der Ausbeutung der Werktätigen durch die Kapitalisten, sie stellt die neuen Erscheinungen des heutigen Imperialismus als Resultat ohne Klassenkampf dar.)

Unter anderem wurde versucht, den Sozialismusbegriff umzudeuten. Die AktivistInnen der Neuen

Rechten - die sich selbst auch als "Nationalrevolutionäre" bezeichneten - propagierten in diesem Zusammenhang einen "nationalen Sozialismus" als "dritten Weg", jenseits von Marxismus und Kapitalismus.

Obwohl sich NPD und Neue Rechte lange Zeit feindselig gegenüberstanden brachten wichtige Funktionäre, wie der damalige Vorsitzende der JN und spätere Bundesvorsitzende Günter Deckert, mehr und mehr nationalrevolutionäre und "antiimperialistische Versatzstücke" in die Partei. In der alten Bundesrepublik war die NPD mit diesem Programm allerdings nur wenig erfolgreich. Der Ideologiemix der NPD traf in Ostdeutschland jedoch auf völlig andere gesellschaftliche Voraussetzungen. Udo Voigt, seit 1996 Vorsitzender der Partei, nutzte diese Chance. Die Thematisierung der sozialen Frage in der NPD ist eng mit seiner Person verbunden. Neben Voigt ist momentan Jürgen W. Gansel, der seit 2004 für die NPD im sächsischen Landtag sitzt, in Sachen "Globalisierungskritik" äußerst aktiv. Gansel, der die Nachfolge des ehemaligen Chefideologen der NPD, Horst Mahler, angetreten hat, hat sich den "Kampf gegen die Globalisierung" wie kaum ein anderer in der Partei auf die Fahnen geschrieben.

Die NPD-"Globalisierungskritik"

In den letzten Jahren schrieb Jürgen W. Gansel eine Reihe programmatischer Artikel für die Parteizeitung "Deutsche Stimme", in denen er eine extrem rechte "Globalisierungskritik" formuliert. In diesen Texten werdendie Grundzüge eines völkischen Antikapitalismus formuliert, wie er sich momentan bei der NPD abzeichnet.

Die "Nationalisierung der sozialen Frage" ist das wichtige Kennzeichen dieser NPD-Strategie. (Gansel, Jürgen: Der Marsch in die Mitte des Volkes. Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima. In: Deutsche Stimme 05/2006, S. 19.)

Raumorientierte Volkswirtschaft

Die politische "Vision" der "Globalisierungskritik" der NPD ist ein "Moderner Nationalismus", der sich gegen die "Zumutungen der Globalisierung verteidigt" (Gansel, Jürgen W. (2006b): Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationalismus wird die Schutzmacht der kleinen

Leute. In: Deutsche Stimme, 12/2006. S. 19.)

Gefordert wird die Abschottung Deutschlands nach außen. Diese soll über die Kontrolle der "Geld-, Güter- und Menschenströme" erfolgen (Vgl. NPD (o.J.): "Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland", S. 20.)

Gansel macht in einer Handreichung für Kandidaten und Funktionsträger der NPD deutlich, was dies bedeuten würde: die Einschränkung der Waren- und Kapitalmobilität und die Erhöhung der Transportkosten. (Gansel, Jürgen W.: Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, S. 17f.)

Im Zusammenhang damit steht das von der NPD propagierte Konzept einer "raumorientierten Volkswirtschaft", die sich "am heimischen Lebensraum" orientiert. Regionale Tauschringe und Regionalwährungen werden in diesem Zusammenhang als Alternative und "Ausstieg aus der Globalisierung" angepriesen. Unter "heimischem Lebensraum" versteht die NPD dabei in erster Linie ländliche Regionen, die von ihr als die eigentlich Leidtragenden des "globalisierten" Kapitalismus ausgemacht werden. Gansel spricht beispielsweise in einem seiner Artikel in der "Deutschen Stimme"

vom "Globalisierungs-Angriff auf den ländlichen Raum" und thematisiert die zunehmenden sozioökonomischen Unterschiede zwischen städtischen Zentren und ländlichen Regionen in Deutschland. Hinter diesen Prozessen vermutet er ein Komplott, das es "auf die sozioökonomische Ausblutung" der ländlichen Regionen abgesehen habe. "Die Globalisten" würden keinen "identitätsstarken, ortsverwurzelten und solidaritätsfähigen Menschen" wollen, wie es ihn "in ländlichen und halbländlichen Gebieten" noch gebe, "sondern sein Gegenbild: den identitätskastrierten, wurzellosen, gemeinschaftsunfähigen Konsumbürger, wie er gerade in anonymen und multiethnischen Großstädten gedeiht." (Gansel, Jürgen: Der Globalisierungsangriff auf den ländlichen Raum. Sozialräumliche Gegensätze gefährden die wirtschaftliche Einheit des Landes. In: Deutsche

Stimme 06/2007)

Der NPD geht es dabei nicht in erster Linie um die sich verschärfenden sozioökonomischen Unterschiede. Sie hofft auf eine politische Basis in ländlichen Regionen. Schon im 20. Jahrhundert habe es "die größten Wahlerfolge für Nationalisten auf dem Lande" gegeben, so Gansel in der "Deutschen Stimme". Dörfer und Kleinstädte könnten daher "im 21. Jahrhundert (...) zum Kristallisationspunkt eines fast erd- und bluthaftesten Widerstandes gegen die Globalisierung werden".

Sozialismus nur für Deutsche

Gefordert wird von der NPD aber nicht nur die Abschottung nach außen. Propagiert wird ebenfalls eine politische Abschottung nach innen in Form eines völkischen Sozialstaats. So formuliert Gansel in einem seiner Artikel in der Deutschen Stimme, dass ein Sozialstaat den Kreis seiner Teilhabeberechtigten strikt begrenzen müsse. Er spricht in diesem Zusammenhang auch "von der solidaritätsspendenden Kraft des Volkstums".

Gansel fordert einen Sozialstaat für alle deutschen "Volksgenossen" und führt hierzu an anderer Stelle aus, wen die NPD mit "Volksgenossen" meint. "Die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes)" ändere nichts an den "biologischen Erbanlagen", "die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen verantwortlich" seien.

Was dies für Konsequenzen nach sich zieht, zeigt sich beispielsweise an den 2006 von der NPD Landtagsfraktion in Sachsen gestarteten Aktivitäten zum Thema Mindestlohn. Dieser ist nur für deutsche ArbeitnehmerInnen gedacht und geht mit der Einführung einer Arbeitspflicht einher.

Volksgemeinschaft statt Klassenkampf

Die gesellschaftliche Verteilung von Reichtum



wird im Rahmen der Globalisierungskritik der NPD nicht in Frage gestellt. Weder das Privateigentum an Produktionsmitteln noch die Ausrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsweise an der Produktion von Mehrwert (Profit) wird problematisiert. Ziel ist vielmehr die rein ideelle "Klassenbeseitigung" durch die Durchsetzung einer rassistischen, deutschen Volksgemeinschaft. Diese Gesellschaftsauffassung stellt die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf. Der globalisierte Kapitalismus erscheint nicht als gesellschaftliches Verhältnis, das die verschiedenen Lebensbereiche durchdringt, sondern als ökonomisches Subsystem, über dem die Volksgemeinschaft steht. Der Nationalstaat ist in dieser Auffassung von Gesellschaft das letzte Machtinstrument der Volksgemeinschaft, "um die (globalisierte) Wirtschaft wieder in den Dienst des Volkes zu zwingen", und nicht Teil der kapitalistischen Ordnung. Die rassistische Volksgemeinschaft der NPD ist durch die Unterordnung der "Volksgenossen" gekennzeichnet.

Gesellschaftliche Debatten und politische Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Kräften kommen nicht mehr vor. Dies ist am Verhältnis der NPD zu Gewerkschaften ersichtlich. Diese gelten ihr als zu internationalistisch und "nicht völkisch genug". Auf Grund ihrer betriebs- und teils länderübergreifenden ArbeitnehmerInnen-Solidarität seien sie "Handlanger der Globalisierung". Aber selbst die von der NPD propagierte Volksgemeinschaft ist von sozialen Unterschieden durchzogen. Im "Taschenkalender des nationalen Widerstandes", der im Deutsche Stimme Verlag der NPD erscheint, wird von einer natürlichen Verschiedenheit der Menschen innerhalb der rassistischen, deutschen Volksgemeinschaft gesprochen. Als Kriterien werden Alter, Begabung, Leistung und der völlig obskure Begriff "Haltung" genannt.

Rassismus als "Globalisierungskritik"

Die "Globalisierungskritik" der NPD ist direkt mit der Ablehnung von Migration, "dem klassischen Thema der extremen Rechten" verbunden. Sie ist für Gansel Teil eines großen Plans, der ganz verschwörungstheoretisch darauf abzielt "solidar- und gemeinschaftsfähige Völker" aufzulösen. Europa solle dabei, durch "fremdrassige Flüchtlingsmassen durchsetzt werden, weil intakte Völker den "Globalkapitalisten" im Weg ständen. Gansel zu Folge könnten "ethnisch homogene Völ-

ker beträchtliche Gemeinschaftskräfte freisetzen" und sollten deshalb "ausgeschaltet" werden. Rassistische Gewalt und multinationale Konzerne und MigrantInnen werden so bei Gansel zu zwei Seiten einer Medaille. Entgegen der Realität beklagt er, dass die Regierungen Europas vom Bau der "Festung Europas" nichts wissen wollen. Repressive Abschottung nach außen und rassistische Gewalt nach Innen ist dieser Argumentation zu Folge "unmittelbar Antiglobalisierungspolitik".

"Raffendes" und "schaffendes" Kapital

Das Selbstverständnis der NPD als globalisierungskritisch und antikapitalistisch - trotz ihrer Bejahung von zentralen Punkten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung - resultiert aus der Gegenüberstellung von "raffendem" und "schaffendem" Kapital. Als "raffend" wird die Zirkulationssphäre des Kapitalismus bezeichnet, die der NPD zu Folge von fremdem und "heimatlosem" Finanzkapital bestimmt wird. Unter Bezugnahme auf Silvio Gesell's Postulat einer "Natürlichen Wirtschaftsordnung" wird der Zins als das hauptsächliche Übel des Kapitalismus kritisiert.

Dem wird ein "schaffendes" und bodenständig-deutsches Industriekapital gegenübergestellt. Dass die Gegenüberstellung von "raffendem" und "schaffendem" Kapital eine Trennung aufmacht, die angesichts der Totalität kapitalistischer Verhältnisse in die Irre führt, ist eine Sache. Eine andere ist, dass die NPD keinen Zweifel daran lässt, wen sie mit dem "heimatlosen Finanzkapital" identifiziert. Gansel schreibt etwa in der "Deutschen Stimme", dass Juden und Jüdinnen "in den privaten und staatlichen Machtzentren des Weltkapitalismus" eine "Schlüsselstellung" innehätten. Resultat dieser Denkweisen ist die Forderung der NPD nach einer "Entmachtung der (jüdischen) Hochfinanz". Antisemitismus kann daher als ein wesentlicher "Programmkern" der "Globalisierungskritik" der NPD bezeichnet werden.

Die USA als Inbegriff der Globalisierung

Die USA spielen seit dem 1. Irakkrieg eine größere Rolle für die Neo-Nazis. Die US-amerikanische Gesellschaft erscheint NPD-AktivistInnen wie Gansel als "Verkörperung der Anti-Nation" und Inbegriff der "Globalisierung". Im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 und

den Kriegen in Afghanistan und Irak stilisiert die NPD die USA zu ihrem Hauptfeind und redet vom "Globalisierungskrieg" der USA gegen die letzten freien Völker der Welt und einem "neuen Kreuzzug der Amerikaner". Die NPD stellt dabei klar, worin das Problem besteht: nicht in Kriegen allgemein, sondern in Kriegen mit amerikanischer Beteiligung. Die Konkurrenz um Einflussphären von verschiedenen kapitalistischen Staaten wird ausgeblendet. Darüber hinaus wird von der NPD wahnhaft unterstellt, dass hinter den USA das Weltjudentum stehe, welches die Weltherrschaft anstrebe. Gansel behauptet etwa in der "Deutschen Stimme", die "Globalisierung" fände unter der "Führung des Großen Geldes" statt, das, "obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos", seinen "politisch-militärischen Standort vor allem an der Ostküste der USA" hätte.

Die Kameradschaftsszene

Mit der Kampagne "Stoppt die Agenda 2010" versuchten einige Kameradschaften aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen bereits 2002, sich mit sozialen Fragen auseinanderzusetzen und an die Proteste gegen die Hartzgesetze anzuknüpfen. Ihr Versuche, an einzelnen Montagsdemonstrationen teilzunehmen, konnte jedoch in den meisten Fällen verhindert werden. 2004 starteten AktivistInnen aus der Kameradschaftsszene die so genannte "Antikap-Kampagne", die ebenfalls mehrheitlich von Kameradschaften aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen getragen wird. Das Ziel der Antikap-Kampagne kann folgendermaßen charakterisiert werden: Über die Organisation von Aufmärschen, "antikapitalistischen Kaffeefahrten" und Infoständen im Aktionsgebiet der lokalen Kameradschaften soll Globalisierungskritik im ländlichen Raum - um den es sich in den meisten Fällen handelt - von rechts besetzt werden.

Interessierte werden über die professionelle Webseite der Kampagne mit Flugblättern und Aufklebern versorgt sowie über anstehende Termine informiert. (Zukünftige) AktivistInnen werden geschult. Im März 2006 erschien zu diesem Zweck die Broschüre "Antikapitalismus von rechts". In der Broschüre präsentiert sich die "Antikap-Kampagne" als Grundstein einer "neuen antikapitalistischen, nationalen und sozialistischen Jugendbewegung". Die Inhalte der Broschüre decken sich zu großen Teilen mit der völkischen "Globalisierungskritik" der

NPD, werden allerdings radikaler formuliert. Die Texte der Broschüre sind beispielsweise mit der "Sozialistische Nationalismus-Begriff" oder "Die sozialistische Nation als nachkapitalistische Ordnung der Zukunft" überschrieben. In der Rubrik "Politische Grundbegriffe" ist unter dem Stichwort "Sozialismus" gar von einer "Umgliederung der Eigentumsverhältnisse" die Rede. Gemeint ist allerdings, wie bei der NPD, die "Klassenbeseitigung" über die Unterordnung der "Volksgenossen" unter das rassistische Konstrukt einer deutschen Volksgemeinschaft.

Rechte Arbeitsteilung

Die Bezugnahme von NPD und Kameradschaftsszene auf soziale Fragen lässt eine Arbeitsteilung zwischen beiden erkennen. Die politischen Ansätze beider Fraktionen sind zwar durchaus unterschiedlich, aber ergänzen sich. Die NPD arbeitet an einer kommunalen Verankerung über Wahlkämpfe, Infostände und die Verankerung extrem rechter Botschaften im vorpolitischen Raum. Sie organisiert mittlerweile Kinderfeste, versucht sich in lokalen Initiativen zu engagieren und im Zuge ihrer Wortergreifungsstrategie in allen Veranstaltungen präsent zu sein, in denen über sie diskutiert wird. Im Zuge von Wahlkämpfen konnte die NPD mit dem Aufgreifen sozialer Themen bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 und Mecklenburg-Vorpommern 2006 durchaus Erfolge verzeichnen. Im Zentrum ihrer Agitation stehen Menschen mit Deklassierungserfahrungen und Angst vor (weiterem) sozialem Abstieg. "Medium ist dabei (...) das Aufgreifen und Zuspitzen vorhandener Stereotype."

Die Kameradschaftsszene arbeitet demgegenüber an einer popkulturellen Erneuerung und Selbstvergewisserung der extrem rechten Szene. Mit der Propagierung eines extrem rechten Lifestyles aus Kleidung, Musik, Codes und Symbolen und dem Aufgreifen von Elementen aus nicht-rechten Jugendkulturen wird die Attraktivität der extremen Rechten für junge Menschen erhöht. Mit globalisierungs- und kapitalismuskritischen Slogans wird ein rebellischer Gestus gegen "die da oben" vermittelt, der anschlussfähig an das Selbstverständnis vieler junger Menschen gerade in strukturschwachen Gebieten in Ostdeutschland ist. Die Ergänzungen der beiden Fraktionen sind vielfältig.

Die Selbstinszenierung der Freien Kameradschaften auf Demonstrationen und Konzerten als extrem

rechte Jugendbewegung ist eine wichtige Vorbedingung für die (Wahl-)Erfolge der NPD. Diese kann sich bei ihrem Politikangebot aus Kinderfesten und Bürgersprechstunden auf die KameradschaftsaktivistInnen, nicht zuletzt als OrdnerInnen, verlassen. Für die Etablierung extrem rechter Dominanzräume vertraut die NPD außerdem nur zu gerne auf die Einschüchterung politischer GegnerInnen durch militante KameradschaftsaktivistInnen. Auch der hauseigene “Deutsche Stimme Versand” verdient nicht schlecht am Geschäft mit dem extrem rechten Lifestyle.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche personelle Überschneidungen und Kontakte zwischen NPD und Kameradschaftsszene. Mehrere Landes- und Kreisverbände der NPD und JN sind beispielsweise an der Antikap-Kampagne beteiligt. Die Broschüre “Antikapitalismus von rechts” ist ein Resultat dieser Zusammenarbeit. Sie wurde von KameradschaftsaktivistInnen aus Sachsen gemeinsam mit dem sächsischen Jugendverband der NPD, der JN Sachsen, herausgegeben.

Historische Vorbilder

Die Kritik am “globalisierten” Kapitalismus von NPD und Kameradschaftsszene unterscheidet sich nur wenig von der Politik der faschistischen Bewegung der 1920er und 1930er Jahre. “Das Andocken an Kapitalismuskritik und ihre Umdeutung ins Völkische ist eine Strategie, derer sich auch der historische Faschismus bedient hat.”

Die soziale Frage war historisch gesehen die Bedingung für den Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zur Macht. Bereits in den 1920er Jahren eignete sich die NSDAP Symbole der Arbeiterbewegung an. Ähnliche Tendenzen bezüglich der Aneignung von Symbolen der Linken seitens der NPD und vor allem der Kameradschaftsszene sind heute zu beobachten.

Die NPD knüpft ziemlich offen und zum Teil terminologisch bis in die einzelnen Formulierungen an den historischen Faschismus an. Begriffe wie “Volksgenosse” oder “schaffendes Kapital” finden sich direkt in den Programmen und Verlautbarungen der NSDAP. Neben den begrifflichen Ähnlichkeiten gibt es weitere wesentliche Übereinstimmungen. (Von “Volksgenossen” war beispielsweise bereits 1920 im NSDAP-Parteiprogramm die Rede)

Mit “Kapitalismus” identifizierte die NS-Ideologie nicht eine spezifische historische Gesellschaftsformation, sondern einen “schrannenlosen, durch keine sittlichen Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat beschwerten Missbrauch des Kapitals”. Die Globalisierungskritik der NPD und die Grundzüge ihres völkischen Antikapitalismus bewegen sich in diesem Spannungsfeld. Kapitalismus wird bei der NPD zum kulturellen Phänomen.

Jürgen W. Gansel stellt etwa unter Bezug auf Autoren der so genannten “Konservativen Revolution” einer materialistischen Kapitalismuskritik eine “konservativ-revolutionäre” Kapitalismuskritik entgegen. War es bei den Theoretikern der Konservativen Revolution noch der “jüdische Geist”, der für die Herausbildung des Kapitalismus verantwortlich gemacht wurde, so wird dieses Diktum bei der NPD angesichts des globalisierten Kapitalismus zu einem “jüdisch-amerikanischen” Geist erweitert. (Als “Konservative Revolution” wird eine Bewegung zwischen der Jahrhundertwende und dem Ende der Weimarer Republik bezeichnet, deren Vertreter antidemokratisch, antiegalitär und antiliberal ausgerichtet waren. Wichtige Vertreter waren unter anderem Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck und der frühe Carl Schmitt. Ausführliche Angaben siehe RAG (2005): Der “Sozialismus” der NSDAP. In: RAG - Zeitschrift antifaschistischer GewerkschafterInnen Nr. 34, S. 14)

Die Folge ist eine Aktualisierung der ideologischen Muster, nach denen bereits die historische extreme Rechte Kapitalismus kritisiert hat. Ähnlich verhält es sich in der Kameradschaftsszene. Weitaus offener, als es der NPD als legale Partei möglich ist, bezieht sich die Kameradschaftsszene allerdings auf führende Personen der NSDAP der 1920er und frühen 1930er Jahre. Ihre Bezugnahme auf die so genannten Nationalbolschewisten um Ernst Niekisch sowie Gregor und Otto Strasser geht über eine bloße begriffliche oder ideengeschichtliche Übereinstimmung mit dem historischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus hinaus. Die Parole “Für die Unterdrückten! Gegen die Ausbeuter!” stellt beispielsweise den Untertitel der Broschüre der “Antikap-Kampagne” dar und wurde direkt von einer Werbekampagne der NS-Zeitung “Der Angriff” übernommen. Die Antikap-Broschüre wird außerdem mit einem Zitat Gregor Strassers eingeleitet, die letzte Seite der Broschüre zitiert das Konterfei Ernst Röhms, der bis 1934 die

Sturmabteilung (SA) der NSDAP angeführt hat, und die Losung "Nationale und sozialistische Revolution jetzt!". Vor diesem Hintergrund kann in der Kameradschaftsszene geradezu von einer Modernisierung der NSDAP-Rhetorik der 1920er und 1930er gesprochen werden. Sinn und Zweck der Bezugnahme auf den historischen Faschismus bei NPD und Freien Kameradschaften gleichen sich: Über den historischen Bezug auf die 1920er und 1930er Jahre soll ein Begriff von "Sozialismus" rehabilitiert werden, der Nation und regionale Identitäten zum Ausgangspunkt nimmt und sich explizit als nicht-links versteht.

Kampf um Hegemonie

"Globalisierungskritik" von rechts stellt einen wichtigen Baustein im Kampf der extremen Rechten um eine (kulturelle) Hegemonie dar. Sie ist Teil einer "Suchbewegung" der extremen Rechten, die darauf abzielt "das Potential eines erweiterten gesellschaftlichen Spielraums auszuschöpfen". Die Verbindung von "Globalisierungskritik" mit der Propagierung eines völkischen Antikapitalismus wirkt dabei ideologischen Abspaltungsprozessen innerhalb der extremen Rechten entgegen und ermöglicht verschiedenen Fraktionen eine gemeinsame Praxis.

Schlussfolgerung

"Globalisierungskritik" und völkischer Antikapitalismus sind zum ideologischen Standardrepertoire von NPD und Kameradschaftsszene geworden. Eine praktische Umsetzung der "Globalisierungskritik" der extremen Rechten in Form von Tauschringen und Regionalgeldinitiativen scheint fraglich. Solche Initiativen verfügen jenseits einer Handvoll Kader nur über eine begrenzte Attraktivität für NPD-AnhängerInnen und KameradschaftsaktivistInnen.

Ein "Populismus light", wie ihn derzeit einige in der "Partei DIE LINKE" befürworten, könnte sich als gefährlicher Bumerang erweisen. Gerade hier ist von Seiten der NPD und der Kameradschaftsszene viel Beifall zu vernehmen.

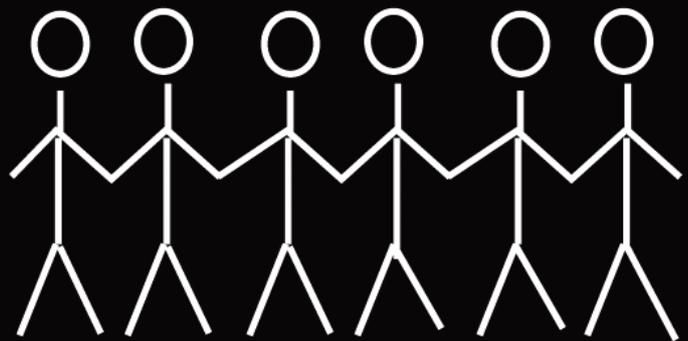
In der letzten Zeit rufen NPD-Kader wie

Jürgen W. Gansel und Peter Marx vermehrt zur Bildung einer Querfront zwischen der extremen Rechten und linken PolitikerInnen und JournalistInnen auf. Auch wenn diese Aufrufe - die sich namentlich an Oskar Lafontaine, Ulrich Maurer und Jürgen Elsässer richten - als rein rhetorische zu bewerten sind, so zeigen sie doch, in welchem schwierigen Fahrwasser die "Partei DIE LINKE" geraten könnte, wenn sie nicht von einem zu kurz gedachten Populismus die Finger lässt.

Beispiele für die NPD-Umarmungsversuche bzw. den Mißbrauch antiimperialistischer linker Texte:

- Fischer, Fritz (2007): Nationale Töne von links. Über Jürgen Elsässers "Angriff der Heuschrecken". In: Deutsche Stimme 06/2007, S. 16.
- Gansel, Jürgen W. (2006) Rechts-linker Schnittmengen gegen das Imperium Americanum - Wilhelm Langthaler/Werner Pirker: "Ami go home - Zwölf gute Gründe für einen Antiamerikanismus". In: Deutsche Stimme 01/2006, S. 16.
- Gansel, Jürgen W. (2007c): Querfront Populismus droht die Linkspartei zu zerreißen.

solidarität
ist eine waffe



NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK,
ALLEINE MACHEN SIE UNS EIN.



ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Naziaufmarsch am 19.01.2008 in Magdeburg verhindern

Am 19. Januar 2008 ist es mal wieder soweit, verschiedene Neonazigruppen, wie die "Initiative gegen das Vergessen", rufen zu einem "Trauermarsch" auf. Anlass ist der 63. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs durch die Alliierten im 2. Weltkrieg. Die Faschisten werden wieder einmal versuchen einen Aufzug durchzuführen, um ihre Geschichtsverfälschende Ideologie zu verbreiten. Dem gilt es mit allen Mitteln entgegenzutreten.

In Magdeburg und Anderen Städten der BRD ist es mittlerweile eine alljährliche Routine geworden, dass die Faschisten mit verschiedenen Veranstaltungen aktiv Geschichtsrevisionismus betreiben. Sie leugnen die deutsche Kriegsschuld, stellen die faschistischen Täter als Opfer dar und setzen alliierte Angriffe mit deutschen Verbrechen gleich.

Die jährlichen Aufmärsche der Neonazis im Januar stellen einen Höhepunkt der lokalen Naziszene dar. Die stärker werdende Rechte nutzt das Thema, um sich mehr und mehr in Magdeburg zu verfestigen und neue MitgliederInnen zu werben. Wenn wir uns die Lage hier vor Augen halten, zeigt es sich wie wichtig es ist, konsequenten Antifaschismus in Magdeburg und Umgebung weiter zu stärken. Damals wie Heute werden Menschen aus rassistischen und antisemitischen Motiven angegriffen und ermordet. All diejenigen, die nicht in das national-sozialistische Weltbild passen, sind die potentiellen Opfer der rechtsextremen Gewalttäter. Traurige Höhepunkte neonazistischer Gewalt sind Ereignisse wie die Morde an Torsten Lamprecht (1992), Farid Boukhit (1994), Frank Böttcher (1997) sowie die Himmelfahrtskrawalle 1994 in Magdeburg. Im Jahr 2007 ist die Situation ähnlich brisant. Wöchentlich kommt es zu neuen Schlagzeilen von rassistischen Übergriffen, hauptsächlich in öffentlichen Verkehrsmitteln. Beispiele dafür sind die im November/ Dezember stattgefundenen Überfälle auf ein Pärchen, sowie auf eine irakische Familie, bei der eine schwangere Frau verletzt wurde. Für uns kann das nur heißen den Nazis offensiv auf der Strasse entgegenzutreten und die lokalen antifaschistischen Strukturen zu stärken. Kein Fußbreit den Neonazis und ihrer menschenverachtenden Ideologie.

Nicht nur die Faschisten betreiben Geschichtsrevisionismus, auch die offizielle deutsche Geschichtsaufarbeitung sieht zum Teil nicht anders aus als die

der Neonazis. So gleichen die "Trauerreden" bei den Veranstaltungen der bürgerlichen Mitte und lokalen Stadtregierungen oft denen der extremen Rechten. Auch die Politik der BRD ist darauf ausgerichtet das "demokratische Deutschland" als geläutert darzustellen. Nicht mehr "trotz, sondern wegen Auschwitz" werden deutsche Interessen global mit allen Mitteln durchgesetzt. Deutschland beteiligt sich mittlerweile wieder offen an Kriegen, oder an so genannten "Friedenseinsätzen". Das Morden mit deutschen Waffen, die in alle Welt verkauft werden und das Töten von Menschen durch deutsche Soldaten, gehen als weiter.

Dies nehmen wir niemals so hin, wir stellen uns gegen Krieg und die Verfälschung der deutschen Geschichte.

Wir trauern an diesem Tag um die gefallenen antifaschistischen WiderstandskämpferInnen und um die Millionen Opfer Nazideutschlands. Unsere Solidarität gilt den Betroffenen und deren Familien und Freunden.

Wir wollen am 19.01.2008 eine kraftvolle und lautstarke Demo auf die Straße bringen, um den Neonazimarsch zu stören und zu stoppen. Deshalb kommt zahlreich!

Kommt alle zur antifaschistischen Demo am 19.01.2008 nach Magdeburg, 11 Uhr Hauptbahnhof Linkes Bündnis Magdeburg

Bisherige UnterstützerInnen (Dez. 2007):

- Autonome Linke Magdeburg [A.L.M.]
- Gruppe Internationale Solidarität Magdeburg [GIS]
- www.intersol-md.org
- Autonome Antifa Magdeburg [AAMD] www.aamd.de.md
- Offene Jugend Antifa Magdeburg <http://www.offeneantifa.blogspot.de/>
- Autonome Linke Salzwedel <http://radical-left.de/>
- KPD/ML, <http://www.kpd-md.net/>
- DKP. <http://www.dkp-nordharz.de/>
- KPD Ost, www.k-p-d-online.de
- MLPD Magdeburg
- Bürgerinitiative Montagsdemo Magdeburg www.montags-auf-die-strasse.de

Stichwort "GLOBALISIERUNG":

Die Oktoberrevolution ist und bleibt ein richtungweisender Einschnitt in der Menschheitsgeschichte. Die Werktätigen stürzten im bewaffneten Aufstand die Macht der feudal-kapitalistischen Ausbeuter, nahmen ihr Schicksal in die eigenen Hände und schufen unter der Führung einer revolutionär-kommunistischen Partei ein grundlegend neues, sozialistisches Staatswesen.

Der Oktober 1917 ist und bleibt der Ausgangspunkt des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus. Die geschichtliche Epoche der Klassengesellschaft geht zur Neige.

In ihrem Bemühen, diese alte Welt - die kapitalistische Welt - zu erhalten, haben verschiedene Abteilungen der kapitalistischen Welt immer wieder versucht, den Menschen Sand in die Augen zu streuen, sie zu verwirren und in die Irre zu führen. Eine dieser Methoden beruht auf den Thesen der sogenannten "Globalisierung":

Der Begriff "Globalisierung" bedeutet zunächst nur "international", "weltweit" - wahrlich nichts Neues. Aber dahinter stecken bestimmte Vorstellungen. Eines ist aber klar: Die "Globalisierung", wie sie von Attac bis zu den Neo-Nazis "bekämpft" wird, klammert eines aus: den deutschen Imperialismus. "Globalisierung" beschreibt im Grunde genommen nichts anders als die zunehmende weltweite Verstärkung des Kapitalismus

Dass der Kapitalismus sich weltweit ausdehnt, ist keine Neuigkeit. Im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels (1848) wird darüber bereits berichtet. War doch die Entstehung des Kapitalismus geprägt durch die gigantische Ausbeutung der Völker. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts und dem 1. Weltkrieg ist die ganze Welt in Einflussphären der großen imperialistischen Mächte aufgeteilt. Für die bürgerliche Geschichtsschreibung, wie sie auch an unseren Schulen gelehrt wird, bedeutet das das Ende des "Imperialismus". Der kapitalistische Markt, die Großkonzerne, die Monopole, kurz: der (heute immer noch existierende) Imperialismus hat auf die entlegensten Teile der Welt seinen Zugriff und sein Herrschaftsbereich ausgedehnt. Die wissenschaftlich-technischen Neuerungen der letzten Jahrzehnte erleichtern und begünstigen das Tempo und die Ausdehnungen der Aktivitäten auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Doch was folgt daraus?

Ähnlich den Verfechtern der These vom "Neoliberalismus", die von einer angeblichen Schwächung des Staatsapparates ausgehen und die Privatisierung als "Neoliberalisierung" verkennen, behaupten "Globalisierungskritiker", dass durch die immer größere Macht der Monopole, die über Staatsgrenzen fusionieren, kaufen und verkaufen, angeblich die Rolle der großen Nationalstaaten immer geringer werde

und somit auch angeblich Kriege zwischen den imperialistischen Großmächten unmöglich würden.

Imperialismus bedeutet immer noch:

- Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals
- Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum Finanzkapital und die Entstehung einer Finanzoligarchie
- Vorrangige Bedeutung des Kapitalexports gegenüber dem Warenexport
- Herausbildung internationaler monopolistischer Kapitalistenverbände, welche die Welt ökonomisch unter sich aufteilen

Die Neuaufteilung

"Globalisierung" = Ausdehnung der USA?

Die kommenden Jahrzehnte stehen im Zeichen der Verschärfung lokaler Kriege und der Mobilmachung des deutschen Imperialismus für große kriegerische Auseinandersetzungen im Weltmaßstab. Die Bundeswehr wird aufgerüstet, in Kampfeinsätzen erprobt und perfektioniert. Die Massen werden auf die zu erwartenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem US-Imperialismus und seinen Koalitionsparteien eingestimmt.

Wer ist der Hauptkonkurrent des imperialistischen Deutschlands? Ohne Zweifel die USA. Verschiedene Abteilungen der Ideologen des deutschen Imperialismus arbeiten gekonnt in der linken Szene. Sie verbreiten Illusionen über den Kapitalismus, über die "Globalisierung". Eine andere Welt sei machbar, behaupten sie. Ein "anderer, humaner Kapitalismus" soll das Ziel sein.

Die "Globalisierungskritiker" richten ihre Aufmerksamkeit vorrangig auf die Massenarbeitslosigkeit, auf Fragen der Geldzirkulation. Ihre Gegenkonzeptionen beinhalten irgendwelche Zusatzsteuern für "Spekulationsgewinne" usw. - eine politische Sackgasse...

Die Theorien dienen vor allem dazu, die revolutionären Kräfte von der politischen Aufgabe abzulenken, den deutschen Imperialismus mit seiner Kriegsvorbereitung zu entlarven und zu bekämpfen.

Die Zerstörung Magdeburgs 1944

Seh ich das Bild von Machdeborch,
denn zittern mich die Beene,
Denn jeht mich das so durch un durch,
denn denk ich an Machdeborch,
an Machdeborch - un weene.

Ein unbekannter Magdeburger

Arthur Harrys, Oberkommandierender des Britischen Bomber Command, hatte am 01. November 1944 in einem Brief an den Chef des britischen Luftstabes, Sir Charles Portal, Magdeburg neben Dresden und Leipzig auf die Liste der noch unbedingt zu

z e r s t ö r e n d e n
Städte gesetzt.
Und dabei stand
Magdeburg sehr
weit oben.

Die Angriffsvorbereitungen zur Zerstörung der Stadt liefen unter dem Decknamen "Grilse" = junger Lachs.

Demnach sollten die Bomber mehrere, kurze, maschierte Angriffe gegen die Stadt fliegen. Dabei

sollten zunächst die Produktionsanlagen der Treibstoffindustrie (BRABAG), die Hafenanlagen sowie Rüstungsbetriebe zerstört werden. Im Anschluss sollte ein konzentrierter Angriff zweier Luftflotten die dichtbesiedelte Altstadt in Schutt und Asche legen.

Nachdem der Vormittagsangriff der 8. US-Luftflotte noch dem Krupp-Gruson-Werk und der BRABAG gegolten hatte, flogen in den Abendstunden Bomber der RAF aus verschiedenen Richtungen kommend Magdeburg an. Kurz vor dem Beginn des Angriffs (21:23 Uhr) warfen "Pfadfinder" Stanniolstreifen ab. Damit wurde das Radar der um Magdeburg stationierten Flugabwehr unbrauchbar gemacht. Die nachfolgenden Bomber waren nicht mehr auszumachen.

Um 21:28 Uhr warfen der Masterbomber und vier weitere Flugzeuge, um das Angriffsziel abzustekken, Sichtmarkierungen ab, die "Beleuchter" konnten ihre Magnesiumbomben (Weihnachtsbäume)

absetzen. Erst jetzt wurde der Bombenalarm ausgelöst. Nachdem das Angriffsareal taghell erleuchtet war, begann der Bombenangriff.

Die erste Bomberwelle begann mit dem Abwurf schwerer Luftminen im Bereich des Nordabschnitts des Breiten Weges. Diese deckten durch ihre Druckwellen die Dächer ab, brachten Mauern zum Einsturz und bereiteten den nachfolgenden Stabbrandbomben und Brandkanister den Weg ins Innere der Häuser. Diese setzten durch ihr Phosphor alles in Brand, so dass sich das Inferno immer weiter ausbreiten konnte.



Die zweite Welle flog Magdeburg gegen 21:39 Uhr an und begann in die schon zerstörten Häuser Sprengbomben und Luftminen a b z u w e r f e n . Diese ließen die Häuser zerbersten, zerstörten die Wasserleitungen und verhinderten so, dass Rettungskräfte die Großbrände bekämpfen konnten.

Die nachfolgenden Brandbomben verwandelten die Innenstadt in ein einziges Flammenmeer. Den Menschen wurde der Sauerstoff entzogen, so dass sie qualvoll erstickten oder in der enormen Hitze verglühten. In Brand geratene Kohlenvorräte setzten Kohlenmonoxid frei, dieses entzog den Menschen noch zusätzlich den Sauerstoff und ließ sie wie eingeschlafene erscheinen.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges hatte Magdeburg 330.000 Einwohner. Im April 1945 wurden nur noch 90.000 gezählt. 60% der Stadt waren zerstört. Auf jeden Einwohner kamen 20 qm Trümmer, insgesamt stand Magdeburg mit 6 Millionen qm Trümmern hinter Dresden und Köln an dritter Stelle der am schwersten zerstörten Städte Deutschlands. Von einstmalig 3.825 Krankenhausbetten waren nur noch 398 vorhanden.

Eine Schätzung ergab, dass der Krieg Schäden in Höhe von 1,9 Milliarden Reichsmark hinterlassen hat.

Vorbereitung des Kalten Krieges: DIE ZERSTÖRUNG DRESDENS 1945

Knapp drei Monate vor dem Ende des II. Weltkriegs, am 13. und 14. Februar 1945, wurde Dresden durch britische Bomberverbände nahezu völlig zerstört. Dieser Angriff - zunächst mit Brand-, dann mit Sprengbomben - stellte den Höhepunkt einer Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung dar. Etwa 60.000 Menschen starben in der von Flüchtlingen überfüllten Stadt.

Die Bombardierung Dresdens zu einem Zeitpunkt, als die Niederlage der faschistischen Wehrmacht bereits feststand, muss als Kriegsverbrechen betrachtet werden. Zu Recht wird in einem 1972 in der DDR erschienenen militärhistorischen Abriss zwischen der Kriegsführung der damals sozialistischen Sowjetunion und der ihrer Verbündeten, USA und Großbritannien, unterschieden:

“Während die sowjetischen Fliegerkräfte fast ausschließlich die Kampfhandlungen der Landstreitkräfte direkt unterstützten und nur Objekte von militärischer Bedeutung angriffen, setzten die anglo-amerikanischen Bomberkräfte ihre militärisch sinnlosen Angriffe gegen Städte fort. Die alliierte Luftkriegsführung, deren barbarische und terroristische Züge immer deutlicher wurden, richtete sich in zunehmendem Maße vor allem gegen Ziele im künftigen sowjetischen Besatzungsgebiet. Offensichtlich lag diesen Angriffen die Absicht zugrunde, hier ein Chaos und unüberwindbare Schwierigkeiten für den Neuaufbau zu schaffen, die zur Quelle einer antiso-wjetischen Haltung unter der Bevölkerung werden sollten.” (Förster, Helmert, Schnitter, “Der zweite Weltkrieg”, S.395)

**Hintergründe der Luftangriffe auf
Dresden am 13. und 14. Februar 1945**

UNTERNEHMEN “DONNERSCHLAG”

Hinter dieser vielsagenden Tarnbezeichnung verbarg sich der Plan einer angloamerikanischen Luftoperation, mit der “ungeheure Zerstörungen hervorgerufen werden” könnten, “wenn sich der Angriff auf eine einzige große Stadt außer Berlin konzentrierte, und die Wirkung würde besonders groß sein, wenn es sich um eine Stadt handelte, die bis

dahin relativ geringe Zerstörungen erlitten hätte”. Dieser Plan wurde den Generalstabschefs Großbritanniens und der USA am 1. August 1944 unter strengster Geheimhaltung in Form eines Memorandums vom britischen Luftstabschef Charles Portal vorgelegt, und sie billigten ihn. Die Stadt, die ein halbes Jahr später jener “Donnerschlag” treffen sollte, war Dresden.

DEN BEFEHL GAB CHURCHILL

Am 25. Januar 1945 rüstete der britische Premier Winston Churchill zum Flug nach der Krim. Die Konferenz von Jalta stand bevor. Auf ihr sollte die Entwicklung nach dem Sieg über den Faschismus beraten werden. Zu dieser Zeit stand die Rote Armee bereits an der Oder.

Churchill aber hatte das Unternehmen “Donnerschlag” nicht vergessen. Am Abend telefonierte er mit Luftwaffenminister Archibald Douglas Sinclair. Er fragte, ob “große Städte in Ostdeutschland jetzt nicht als besonders lohnende Ziele angesehen werden” könnten, und befahl anschließend Sinclair: “Teilen Sie mir bitte morgen mit, was man zu tun gedenkt.” Am 27. Januar 1945 erhielt Churchill die Zusicherung, daß Pläne für die Zerstörung ostdeutscher Städte vorlägen. Am 28. Januar bestätigte Churchill diese Pläne, und in den ersten Februartagen, als er schon auf der Krim war, wurde von ihm der Befehl gegeben, das Unternehmen “Donnerschlag” zu starten. Von dort aus funkten seine Offiziere doppelt chiffriert das Todesurteil für 35000 Dresdener.

ANGRIFF GEGEN WEN?

Zu dieser Zeit hatten die in Richtung Breslau-Dresden vorgehenden Truppen der 1. Ukrainischen Front die deutsche Reichsgrenze bereits auf großer Breite überschritten. Die Spitzen der Roten Armee befanden sich 100 Kilometer vor Dresden. Die Stadt an der Elbe, die damals weit mehr als 600.000 Einwohner zählte, war zudem von Flüchtlingen überfüllt. An faschistischem Militär gab es wenig, und die Produktion der nicht unbedeutenden Rüstungsbetriebe Dresdens war fehlenden Materials wegen nur noch gering. Die intakte Infrastruktur der Stadt

diente im wesentlichen dem Durchschleusen von Flüchtlingen, weil kaum noch Truppenreserven vorhanden waren, die an die Front hätten geworfen werden können. Die Flak war restlos zum Erdkampf gegen die vorstoßenden sowjetischen Armeen abgezogen worden, und auf dem Flugplatz Klotzsche standen nur noch wenige Jagdmaschinen. Die militärische Bedeutung Dresdens war gleich Null.

IM ABWURFVISIER: MENSCHEN

In den angloamerikanischen Luftstäben kannte man die Situation in Dresden, und auch Churchill war davon genau unterrichtet. Aber gerade deshalb wurde der "Donnerschlag" befohlen. In seinem Londoner Tiefbunker arbeitete **Luftmarschall Harris** einen furchtbaren Plan aus. Anhand von Luftaufnahmen legte sein Stab ein Zielgebiet in Form eines Kreissektors fest. Er umfaßte das gesamte kulturhistorische Zentrum und die Wohngebiete der Altstadt. Innerhalb dieses Gebiets gab es mit Ausnahme von Straßen und Schienenwegen keinerlei Objekte von militärischer Bedeutung. Es wurde befohlen, bei dem Angriff auf Dresden erstmals in vollem Umfang ein neu entwickeltes, auf Radar beruhendes Funknavigationssystem einzusetzen. Dresdens dicht besiedelte Innenstadt sollte unbedingt vernichtend getroffen werden.

DOKTRIN DES IMPERIALISMUS

Einen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen, hatte zum erstenmal der faschistische italienische Fliegeroffizier Giulio Douhet in den zwanziger Jahren gefordert.

Diese von imperialistischer Menschenfeindlichkeit geprägte Doktrin befolgten die Bomberpiloten der Legion Condor, die Hitler zur Niederwerfung des spanischen Volkes in Marsch gesetzt hatte.

Am 31. März 1937 bombardierten sie das Landstädtchen Durango und töteten 248 Einwohner. Der barbarische Angriff auf Guernica am 26. April 1937 forderte sogar 1654 Todesopfer. Im zweiten Weltkrieg zerbombte die faschistische Luftwaffe, solange sie dazu fähig war, Stadt auf Stadt: Rotterdam, Warschau, Belgrad, Manchester, Hull, Coventry und andere britische Städte. Hitler sprach vom "Ausradieren", und die Nazis erfanden das schreckliche Wort "coventrieren".



Das von den Nazis zerstörte Amiens (RS-Bild)

VERRAT AN DEN VÖLKERN

Unter dem faschistischen Bombenterror hatte das britische Volk schwer zu leiden. Sein Haß auf die Nazis war groß. Doch die von Churchill befohlenen Bombenangriffe auf Dresden bezweckten nicht, den vom Volk ersehnten Sieg über Hitlerdeutschland schneller herbeizuführen. Sie dienten nicht, wie lügenerisch behauptet wurde, der Unterstützung des sowjetischen Verbündeten. Sie waren auch nicht von dem Wunsch diktiert, es den Nazis mit gleicher Münze heimzuzählen. Sofort nach dem Dresdener Inferno protestierten viele Briten gegen Churchills Luftkriegsführung.

Die militärisch völlig sinnlose Zerstörung Dresdens war von der politischen Absicht bestimmt, auf die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands im Interesse des Imperialismus verstärkt Einfluß nehmen zu



Dresden - wie sich die Bilder gleichen...

können. Das aber war ein Schlag gegen die Antihitlerkoalition und gegen die soeben gefaßten Beschlüsse von Jalta, es war Verrat am sowjetischen Verbündeten, an allen gegen den Faschismus, für einen dauerhaften Frieden kämpfenden Völkern und damit auch an den Soldaten der USA und Großbritanniens.

DER BEGINN DES KALTEN KRIEGES

Anfang der sechziger Jahre erklärte Vizemarschall Saundby, 1945 Stellvertreter des Bomberchefs Harris, unumwunden, Churchill habe mit dem Angriff auf Dresden der Sowjetunion seine Stärke demonstrieren wollen.

Schon am 12. September 1944 war von den Regierungen der UdSSR, Großbritanniens und der USA das "Protokoll über die Abgrenzung der Besatzungszonen in Deutschland" unterzeichnet worden. "In diesen Tagen spricht Winston nie von Hitler", notierte im gleichen Jahr Churchills Vertrauter Lord Charles Moran, "dauernd redet er über die Gefahren des Kommunismus." Deshalb wurden, wie aus Briefen Luftmarschall Harris und Luftstabschef Portals hervorgeht, im Januar 1945 "ostdeutsche" Städte vorrangig auf den Zerstörungsplan der angloamerikanischen Bomberverbände gesetzt. Diese Städte waren: Magdeburg, Leipzig, Gotha, Chemnitz, Eisenach, Halle, Erfurt, Weimar, Breslau, Posen, Berlin und eben Dresden. Deshalb auch sollte der Angriff auf Dresden, was nur schlechtes Flugwetter verhinderte, bereits am 4. Februar 1945 gestartet werden, um die Sowjetunion noch in Jalta unter Druck setzen zu können. Harris hat einmal gesagt, wäre der Bombenterror noch gezielter betrieben worden, hätte Europa nach dem Krieg anders ausgesehen. Welches Denken sich hinter diesen Worten verbarg, markierte ein halbes Jahr später das Datum des 6. August 1945 in entsetzlicher Weise. Der Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima, ebenso militärisch sinnlos und ebenso unmenschlich wie die Zerstörung Dresdens, war ein Akt der militärischen Erpressungspolitik gegenüber der Sowjetunion, der sogenannten Politik der Stärke. Und wiederum ein halbes Jahr später, am 10. März 1946, hielt Churchill im Einverständnis mit Präsident Truman in der US-amerikanischen Stadt Fulton seine berühmte antisowjetische Rede, die den Beginn des kalten Krieges einleitete.

Zwei Arten der Luftkriegsführung

im II. Weltkrieg

Die Bombardierung der Zivilbevölkerung wurde im II. Weltkrieg zu einem hervorstechenden Merkmal imperialistischer Kriegsführung. Als Reaktion auf den Bombenterror der Hitlerfaschisten setzten auch die US-amerikanischen und britischen Militärs in immer stärkerem Maß auf dieses Vorgehen. Zwei traurige Höhepunkte stellten die Zerstörung Dresdens am 13./14. Februar 1945 durch anglo-amerikanische Bombenfliegerkräfte und - noch weitaus schrecklicher in den Folgen der Abwurf der Atombombe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. bzw. 9. August 1945 dar.

Trotz des gewaltigen Kräfteinsatzes hatte der anglo-amerikanische Bombenkrieg keine kriegsentscheidende Wirkung.

Im Gegensatz zum amerikanischen und britischen Vorgehen diente die sowjetische Luftkriegsführung fast ausschließlich der direkten Unterstützung der Kampfhandlungen der Landstreitkräfte und richtete sich gegen Objekte von militärischer Bedeutung. Das entsprach dem Grundsatz Stalins, der bereits in seiner ersten Rede nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion betonte:

"In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern verklavt ist." (Rundfunkrede am 3. Juli 1941, J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, S. 13)

Von den imperialistischen Westmächten wurde demgegenüber kein Unterschied zwischen Hitler und dem deutschen Volk gemacht. Obwohl die Alliierten seit Februar 1945 die absolute Luftherrschaft über Deutschland ausübten, setzten sie ihren Bombenterror fort, der sich zudem auf Gebiete konzentrierte, die im zukünftigen sowjetischen Besatzungsgebiet lagen. Die Absicht, hier ein Chaos und möglichst große Schwierigkeiten für den Neuaufbau zu schaffen, lag auf der Hand.



Vor 50 Jahren: Ende des atomaren Völkermords in Australien Das Verbrechen von Maralinga und Emu

Die Ureinwohner Australiens - von den Kolonialisten bzw. Imperialisten "Aborigines" genannt, ein aus Lateinischen stammendes, aber englisch ausgesprochenes Wort - hatten, wie die Ureinwohner anderer Kontinente, es teuer bezahlen müssen, daß sie die weißen Eroberer in vielen Fällen gastfreundlich empfingen. Die etwa zweihundertjährige Eroberung des australischen Kontinents war verbunden mit einer weitgehenden Zerstörung der Natur, der Vernichtung ganzer Völker und der Unterwerfung der wenigen Überlebenden.

Die Ureinwohner Australiens und Tasmaniens umfaßten zahlreiche Völker, deren Namen uns in Europa kaum bekannt sind. Sie hatten ähnliche Vorstellungen wie z.B. die Ureinwohner Amerikas und Schwarz-Afrikas: sie betrachteten die Erde als ihre Mutter. Eine Mutter ist verpflichtet, ihre Kinder zu ernähren, deshalb nahmen sich die dort lebenden Menschen aus der Natur das, was sie zum Leben brauchten. Aber kein Kind darf seine Eltern ausplündern, deswegen nahmen sie sich nur das Notwendige. Wie muß es auf sie wirken, wenn die (weißen) Kapitalisten mit ihren Schaufelbaggern herumwühlen und der Mutter Erde gewissermaßen die Eingeweide herausreißen?

Für die Eindringlinge vor allem aus Europa waren die Ureinwohner Australiens mehr als 2 Jahrhunderte lang nichts als höher entwickelte, störende Tiere. Sie wurden gejagt, vertrieben und abgeschossen - ganze Völker wurden so ausgerottet. Erst ab dem Jahre 1968 wurden die Ureinwohner nach langem Kampf als Staatsbürger Australiens anerkannt und konnten sich einige Rechte und Landgebiete zurückerholen.

Eines der schweren Verbrechen fand unter den Namen "Operation Totem" (1953), "Operation Buffalo" (1956) und "Operation Antier" (1957) im Staat Süd-Australien statt. Im Siedlungsgebiet der Pitjantjatjara und Kokatha wurden in Maralinga und Emu Field mehrere Jahre lang Atomwaffenversuche durchgeführt ohne Rücksicht auf die dort lebenden Menschen (und, müssen wir der Vollständigkeit halber erwähnen, auch ohne Rücksicht auf das eigene Personal. Weitere Versuche fanden statt auf Monte Bello Island vor der Küste West-Australiens. Insgesamt wurden 12 Bombentests gemacht und Hunderte sogenannter "minor tests", die schon ab 1952

durchgeführt wurden. Die erste Bombe "Totem One" wurde am Morgen des 15. Oktober 1953 zur Explosion gebracht. Verantwortlich ist die britische Regierung, unterstützt von der australischen Regierung. Die Tests insgesamt wurden erst 1963 beendet.

Es wurde zwar ein Bote losgeschickt in ein Gebiet von 800.000 km², der die Pitjantjatjara informieren (nicht etwa um Genehmigung fragen) sollte, aber die Pitjantjatjara hatten kein festes Siedlungsgebiet, sondern wanderten. Da außerdem über einen langen Zeitraum weiße Farmer und Viehzüchter die sie störenden Ureinwohner wie lästiges Wild einfach hatten abschießen lassen, wichen viele Ureinwohner Australiens den Weißen aus, um zu überleben.

Die verantwortliche Regierung (Australien war damals noch britische Kolonie) ließ Schilder aufstellen, auf denen in englischer Sprache auf die kommenden Versuche hingewiesen wurde. Da die wenigsten Pitjantjatjara Englisch sprechen oder gar lesen konnten, waren diese Schilder für die meisten Menschen völlig unverständlich. Die Pitjantjatjara, derer man habhaft wurde, wurden aus ihrem Stammesgebiet zwangsweise umgesiedelt in die weit entfernte Missionsstation Yalata. Sie waren als Folge davon traumatisiert, viele von ihnen wurden in den Alkoholkonsum und die Kriminalität gedrängt.

Außerdem wurden von den verantwortlichen Stellen die Folgen der Versuche völlig falsch und verharmlosend dargestellt. So wurde z.B. behauptet, vom radioaktivem Fallout sei nichts zu befürchten.

Der Fallout wurde aber noch weit entfernt z.B. in Townsville (Queensland im Norden des Kontinents) nachgewiesen. Verwendet wurde in Süd-Australien gefundenes Uran, das verkauft wurde und dann als Bombe zurückkam. Schon durch die ersten Bombenexplosionen 1953 wurden zahlreiche Ureinwohner verstrahlt.

Erst viele Jahre später wurden medizinische Untersuchungen durchgeführt am an den Versuchen beteiligten britischen Bodenpersonal, weil bei diesen Menschen seltene Krebsformen gehäuft auftraten. Nicht nur Rebecca-Bearwingfield vom Volk der Kokatha forderte vergebens eine solche Untersuchung auch für die betroffenen Ureinwohner.

Weitere Informationen z.B. bei:

<http://www.irati.wanti-50yrhome>

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede Einzel-DC kostets 5 €, jede Doppel-DC 8 €, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin
Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:
- * **Waltraud Aust:** Der 17.Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
- * **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Albanische Hefte 1/2004

NEU: Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)
NEU: Zionismus - Todfeind der Völker
NEU: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
NEU: Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

**H.Polifka, Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

Bankverbindung: **Postbank Köln, K-Nr.:
152160508 BLZ 370 100 50, Kennwort F.Pöschl**
(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin
(als Broschüre 3 €)

Neuerscheinung 2005: (nur noch wenige Exemplare)

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten) Preis: 18 €



Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften.

Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neu-sozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren.

Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert

wurde die Arbeit auch dadurch, daß in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * * * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der z u m e r s t e n m a l ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)